

# **Lambert Lensing (1889–1965)** **Zeitungsverleger, Mitgründer der CDU,** **Landesvorsitzender der CDU Westfalen-Lippe**

Von Christopher Beckmann

## *I. Hinführung*

Im Jahre 1959, in dem Lambert Lensing das Amt des Landesvorsitzenden der CDU Westfalen-Lippe niederlegte, wurden ihm zwei hohe Ehrungen zuteil: Am 21. Februar erhielt er das Große Verdienstkreuz mit Stern des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland. Am 6. Juli wurde er mit dem von Papst Johannes XXIII. verliehenen Komturkreuz des Gregorius-Ordens ausgezeichnet. Die Laudatoren betonten, dass Lensing sich auf zwei Feldern besonders bewährt habe: Als christlich geprägter Verleger sowie als Politiker und Mitgründer der überkonfessionellen christlichen Volkspartei CDU. Der so Geehrte erklärte in seinen Dankesworten, die Grundlage seines Handelns seien die im Elternhaus genossene religiöse Erziehung sowie das politische Vorbild des Vaters gewesen, von dem er die Liebe zur Zeitung und die Neigung zur Politik bekommen habe. Wenn er nach 1945 die Tradition des Zentrums verlassen und sich bemüht habe, „alle Christen in einer Partei zu sammeln und diesen Geist auch der von ihm gegründeten Zeitung mitzugeben, dann sei dafür vor allem der gemeinsame Kampf der Konfessionen gegen die Diktatur bestimmend gewesen“.<sup>1</sup> In der Tat ist Lensings politische Rolle bei der Gründung und Konsolidierung der CDU ein Beispiel dafür, wie die Erfahrungen der nationalsozialistischen Zeit dazu beitragen, die zuvor nicht über Ansätze hinausgekommene Zusammenführung von Politikern beider Konfessionen in einer christlich-demokratischen Volkspartei zu verwirklichen.

## *II. Familiärer Hintergrund*

Geboren wurde Lambert Lensing am 14. November 1889 als eines von sechs Kindern des Dortmunder Verlegers Lambert Lensing und seiner Frau Wanda geb. Rittberger. Nachdem er 1910 am Gymnasium in Emmerich, der Heimatstadt seines Vaters, die Reifeprüfung abgelegt hatte, absolvierte er bis 1913 ein Studium der Rechtswissenschaften an den Universitäten Berlin, München und Leipzig. Parallel hierzu erfolgte eine gründliche journalistische und kaufmännische Ausbildung im Essener Verlag Fredebeul & Koenen sowie im vä-

---

<sup>1</sup> Vgl. die Berichte in „Ruhr-Nachrichten“ v. 23.2.1959 und „Deutsche Tagespost“ v. 7.7.1959.

terlichen Unternehmen. Ab 1914 nahm er als Artillerist am Ersten Weltkrieg teil, wurde u. a. mit dem Eisernen Kreuz Erster Klasse ausgezeichnet und diente im letzten Kriegsjahr in Palästina als Adjutant des Majors Franz von Papen, des späteren Reichskanzlers.

Am 1. Januar 1919 trat Lensing jun. in den väterlichen Zeitungs- und Druckereibetrieb ein. Der Vater, dessen Vorbildfunktion sein Sohn später so betonen sollte, war als Verleger und Zentrumspolitiker eine prominente Persönlichkeit, den die „Germania“ nach seinem Tod im Jahre 1928 gar als den „populärsten Mann in Westfalen“ würdigte. Er gehörte zu den maßgeblichen Organisatoren des katholischen Vereinslebens und der katholischen Publizistik in der Region.<sup>2</sup> 1875 hatte er in Dortmund die Zeitung „Tremonia“ gegründet, die sich als eine dem Zentrum nahestehende „Meinungszeitung“ verstand, ohne deshalb Parteiorgan sein oder einseitige Information und Darstellung betreiben zu wollen. Sie war ein durchaus „typisches Beispiel“ für von katholischen Verlegern auf dem Höhepunkt des Kulturkampfes gegründete Zentrumsblätter. Nicht zuletzt aufgrund der staatlichen Repressionen gegenüber dem nach der Reichsgründung als „ultramontan“ und darum national unzuverlässig bergewöhnten katholischen Bevölkerungsteil führte das Jahrzehnt zwischen 1870 und 1880 zu einem enormen Aufschwung der Zentrumspresse. Ihr typisches Merkmal blieb dabei die im Familienbesitz befindliche private Unternehmensform. Dortmund konnte für ein zentrumsnahes Blatt als „schwieriges Verbreitungsgebiet“ gelten, da es in der Stadt in konfessioneller Hinsicht ein protestantisches Übergewicht und bei Wahlen traditionell eine liberale Mehrheit gab.<sup>3</sup> Mit Hilfe einer Reihe von Außenagenturen spielte die „Tremonia“ schon bald eine wichtige Rolle bei der Information der Katholiken im südlichen und nördlichen Westfalen.<sup>4</sup> Ein wichtiger Schwerpunkt war die Thematisierung der sich immer drängender stellenden sozialen Frage, wobei Lensing sen. als verantwortlicher Redakteur sich durch mutige Artikel, u. a. gegen die Kulturkampf- und später die Sozialistengesetze, sowie generell als Kritiker der Innenpolitik des Reichskanzlers Otto von Bismarck hervortat, den er allerdings wegen seiner außenpolitischen Erfolge dennoch für einen „großen Mann“ hielt. Seine offene Kritik an Missständen und sozialen Ungerechtigkeiten trug ihm mehrere Prozesse und kurze Haftstrafen ein. Die Auflage seiner Zeitung stieg von wenigen Tausend bis auf 45.000 im Jahre 1915, um

---

2 Zu Lensing sen. vgl. Kurt KOSZYK, *Lambert Lensing*, in: DERS., *Publizistik und politisches Engagement. Lebensbilder publizistischer Persönlichkeiten* (Kommunikationsgeschichte, 5), Münster 1999, S. 222–241.

3 Hans GRAF, *Die Entwicklung der Wahlen und politischen Parteien in Groß-Dortmund* (Schriftenreihe des Instituts für wissenschaftliche Politik, 5), Hannover 1958, S. 19f., 21ff.

4 Vgl. Kurt KOSZYK, *Deutsche Presse im 19. Jahrhundert. Geschichte der deutschen Presse*, Teil II (Abhandlungen und Materialien zur Publizistik, 6), Berlin 1966, S. 130f., 177f.

dann bis 1926 wieder auf 34.000 abzusinken.<sup>5</sup> Parteipolitisch engagierte er sich in der Zentrumspartei, die er von 1891 bis 1925 in der Stadtverordnetenversammlung vertrat und an deren Neuorganisation in Dortmund er 1919 maßgeblich beteiligt war. Nach seiner Wahl zum stellvertretenden Stadtverordnetenvorsteher im selben Jahr erfolgte die Berufung in den Reichsrat. Ein zentrales Anliegen war für Lambert Lensing sen. die enge Verbindung zwischen dem Zentrum und seinem politischen Vorfeld, v.a. dem von „unkoordinierter Vielfalt“<sup>6</sup> geprägten katholischen Vereinswesen.<sup>7</sup> Damit sollte vor allem die katholische Arbeiterschaft gegen sozialdemokratische Versuchungen immunisiert werden. Hier befand sich Lensing sen. in Übereinstimmung mit den Gründervätern der katholischen Arbeitervereine wie etwa Franz Hitze, der gegen den Vormarsch der damals oft kirchen- und religionsfeindlichen Sozialdemokratie die „sozialversöhnende Macht“ des Christentums wirksam werden lassen wollte.<sup>8</sup> 1878 war er Gründungsmitglied des Augustinus-Vereins zur Pflege der katholischen Presse, der „wichtigsten und einflußreichsten Organisation der Zentrumspresse“<sup>9</sup>, dessen Vorsitz er 1912 übernahm. 1881 wurde er Mitgründer und Vorsitzender des „Verbandes der katholischen Vereine Dortmunds“, der alle katholischen Männervereinigungen der Stadt zusammenfasste. Das jährliche Verbandsfest am Sonntag nach Pfingsten, „die große Heerschau der Dortmunder Katholiken“, an dem in den 1920er Jahren bis zu 40.000 Menschen teilnahmen, wurde von Gegnern zuweilen spöttisch als „Lamberts Schützenfest“ bezeichnet.<sup>10</sup> Seit 1890 arbeitete dieser zudem aktiv im „Volkverein für das Katholische Deutschland“ mit, der in den Diözesen des rheinisch-westfälischen Industriegebiets die höchsten Mitgliedszahlen erreichte.<sup>11</sup> Führende Funktionen übernahm er außerdem im Vorstand des Verbandes Deutscher Zeitungsverleger und im Niederrheinisch-Westfälischen Zeitungsverleger-Verband.

5 *125 Jahre Lensing-Medien. Ein Verlagshaus in Westfalen 1870–1995*. Nach einer Vorlage von Rudi Strauch, Münster 1995, S. 49, 67.

6 Anselm DOERING-MANTEUFFEL, *Kirche und Katholizismus in der Bundesrepublik der fünfziger Jahre*, in: *Historisches Jahrbuch* 102 (1982), S. 113–134, hier 120.

7 Zur Rolle und Bedeutung des weitverzweigten katholischen Vereins- und Verbandswesens vgl. Heinz HÜRTEN, *Katholische Verbände*, in: Anton RAUSCHER (Hg.), *Der soziale und politische Katholizismus. Entwicklungslinien in Deutschland 1803–1963*, Bd. II (Geschichte und Staat, 250–252), München 1982, S. 215–277.

8 Rudolf MORSEY, *Franz Hitze (1851–1921). Sozialreformer und Sozialpolitiker des Zentrums*, Münster 2001.

9 KOSZYK, *Deutsche Presse* (wie Anm. 4), S. 179.

10 So der später auch seinem Sohn eng verbundene Johannes Gronowski in einem Beitrag zum 100. Geburtstag von Lambert Lensing sen. „Er war ein Organisator und Kämpfer!“ Manuskript in: ACDP, NL Gronowski, 01-205-001/2. Zu Gronowski s.u.

11 Gotthard KLEIN, *Der Volkverein für das katholische Deutschland 1890–1933. Geschichte, Bedeutung, Untergang* (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B, 75), Paderborn u.a. 1996, S. 65.

### III. Berufliche und politische Tätigkeit bis 1933

Nach der Heimkehr aus dem Ersten Weltkrieg und seinem Eintritt in das Unternehmen übernahm Lambert Lensing jun. neben der Leitung der 1920 gegründeten Sportzeitung „Sport vom Sonntag“, der ersten ihrer Art im sportbegeisterten Ruhrgebiet, mehr und mehr Aufgaben seines Vaters, der sich als Mitglied des Reichsrates und Vorsitzender der Zentrumsfraktion im westfälischen Provinzial-Landtag in seinen letzten Lebensjahren verstärkt der Politik widmete. Dabei zeigte auch Lensing jun. ein beachtliches Maß an Kampfeslust. Während des Ruhrkampfes wurde die „Tremonia“ am 13. März 1923 verboten, weil sie eine Karikatur aus einer französischen Zeitung nachgedruckt hatte, in der die „Marianne“ einen Mann, der unverkennbar die Züge des Ruhrindustriellen Hugo Stinnes trug, mittels der Zollgrenze erdrosselte.<sup>12</sup> Als der Versuch auffiel, die Besatzungsmacht durch die Herausgabe von Kopfblättern, die sich von der Hauptausgabe nur durch den Titel sowie den lokalen und den Anzeigenteil unterschieden, zu täuschen, wurden Lensing und mehrere Mitarbeiter inhaftiert. Er selbst erhielt eine fünfwöchige Untersuchungshaft. Im gleichen Monat wurde das Blatt nochmals für fünf Tage wegen „tendenziöser und aufreizender Artikel“ sowie Beleidigung des Marschalls Foch verboten.<sup>13</sup>

1925 entstand unter maßgeblicher Beteiligung Lensings durch die Bildung einer Interessengemeinschaft mit der Zeitungsverlagsgesellschaft Nordwestdeutschland GmbH (ZENO) in Dortmund ein politisch einflussreiches und wirtschaftlich sicheres Unternehmen, das täglich über 30 Zeitungen herstellte. Die Produktion der kompletten Auflage der ZENO-Zeitungen erfolgte durch den Verlag Gebr. Lensing, die redaktionelle Herstellung oblag, bis auf die Provinz-, Lokal- und Anzeigenteile, der Redaktion der „Tremonia“.<sup>14</sup> Durch den Anschluss der drei weitere Blätter umfassenden „Arbeitsgemeinschaft katholischer Zeitungen“ (AKAZ) gelang es, die Gesamtauflage bis Ende der 20er Jahre auf rund 100.000 zu erhöhen.<sup>15</sup> Es handelte sich um einen ersten, durchaus erfolgreichen Versuch einer Konzentration der Zentrumspresse, um dem

12 *125 Jahre Lensing-Medien* (wie Anm. 5), S. 56.

13 Vgl. den 1926 entstandenen Artikel aus der Feder Lensings „Die Tremonia im Ruhrkampf“, in: *125 Jahre Lensing-Medien* (wie Anm. 5), S. 54–61. Zur französischen Pressepolitik während der Ruhrbesetzung vgl. Kurt KOSZYK, *Deutsche Presse 1914–1945. Geschichte der deutschen Presse*, Teil III (Abhandlungen und Materialien zur Publizistik, 7), Berlin 1972, S. 88ff.

14 Rudolf GROSSKOPFF, *Die Zeitungsverlagsgesellschaft Nordwestdeutschland GmbH 1922–1940. Beispiel einer Konzentration in der deutschen Parteipresse*, Dortmund 1963, hier S. 157ff.

15 Lambert Lensing, „Aufzeichnungen über meine Erlebnisse während der nationalsozialistischen Zeit“, diktiert im Frühjahr 1963, in: Institut für Zeitungsforschung Dortmund, NL Lambert Lensing I – AK 67/936, Bl. 16–52, hier 19.

um sich greifenden „Zeitungssterben“ zu begegnen.<sup>16</sup> Nach dem Tode des Vaters am 18. Dezember 1928 übernahm Lambert Lensing jun. vollends die Geschäftsführung des Unternehmens. Wie sein Vater ließ er sich in den Vorstand des Augustinus-Vereins und in die Führung des westfälischen Zentrums wählen. Ab 1929 vertrat er, gewählt im traditionellen „Lensing-Wahlbezirk“ Rheinische Straße/Innenstadt<sup>17</sup>, seine Partei in der Dortmunder Stadtverordnetenversammlung und wurde als unbesoldetes Mitglied in den Magistrat entsandt. Ebenfalls 1929 erfolgte die Wahl in den Vorstand des Verbandes Deutscher Zeitungsverleger, im Oktober 1930 die zum Vorsitzenden des Niederrheinisch-Westfälischen Zeitungsverlegervereins.<sup>18</sup>

Angesichts des Erstarkens der NSDAP begann die „Tremonia“, sich regelmäßig mit dieser Partei und ihrem „Führer“ auseinanderzusetzen. Dabei ließen ihre Stellungnahmen an Deutlichkeit wenig zu wünschen übrig. So hieß es am 8. Juli 1930 in einem großen Artikel, der Nationalsozialismus suche die durch Krieg und Inflation entstandene wirtschaftliche Not und soziale Unsicherheit für sich zu nutzen, indem er „vorzüglich“ mit Ressentiments arbeite: „Weckung des sozialen Neidgefühls, des Rassen- und Klassenhasses.“ Nach dem sensationellen Erfolg der NSDAP bei den „Katastrophenwahlen“ am 14. September 1930, die der Hitler-Partei einen Stimmenanstieg von 2,6 auf 18,3 % und 107 Reichstagsmandate beschert hatten,<sup>19</sup> schrieb die „Tremonia“ konsterniert: „Auf Großsprecherei, auf Phrasen und unsinnige Verheißungen ist der deutsche Michel hereingefallen.“ Der „katastrophale“ Gewinn der Nationalsozialisten sei „ein vollendeter Beweis für den unpolitischen Sinn des deutschen Volkes“. In der Folgezeit konzentrierte man sich auf die Unterstützung der Regierung Brüning und ihres Stabilisierungskurses und warnte ständig vor den braunen Rattenfängern. Als die NSDAP bei den Preußischen Landtagswahlen am 24. April 1932 in Dortmund mit 20,7 % der Stimmen ein recht mäßiges Ergebnis einfuhr, erklärte die örtliche NSDAP-Zeitung „Rote Erde“ den aus ihrer Sicht enttäuschenden Wahlausgang mit der Tatsache, dass man sich in Dortmund einer Presse gegenübersehe, „die landauf, landab als die schmutzigste Deutschlands gilt“. Dies war sicherlich auch auf die „Tremonia“ gemünzt. Am 7. November 1932 vermerkte der Gaupresseamtsleiter der NSDAP Westfalen-Lippe, Dr. Arno Schröder, in seinem Tagebuch: „Die das Münsterland leider beherrschende ZENO-Presse schießt in der Hetze gegen den Nationalsozialismus diesmal den Vogel ab, sie ist wirklich schlechter als

16 KOSZYK, *Deutsche Presse 1914–1945* (wie Anm. 13), S. 298.

17 Fritz HOFMANN/Arnold SOMMER, *CDU Dortmund. Christlich-Demokratische Union Deutschlands – Geschichte einer Dortmunder Partei*, Dortmund 1996, S. 38.

18 Lebenslauf Lambert Lensing jun., in: Institut für Zeitungsforschung (wie Anm. 15), o.P.

19 Heinrich-August WINKLER, *Weimar 1918–1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie*, München 21994, S. 505ff. Vgl. allgemein zu den Wahlerfolgen der NSDAP und zur Herkunft ihrer Stimmengewinne Jürgen FALTER, *Hitlers Wähler*, München 1991.

alle Schlechtigkeiten, die sie ihren Lesern auftischt.“<sup>20</sup> Trotz dieser Frontstellung Lensings und „seiner“ Zeitung gegenüber Adolf Hitler und der NS-„Bewegung“ erschien am 22. Januar 1933 ein Leitartikel, in dem gefordert wurde, dass nach den Präsidialkabinetten nun wieder eine parlamentarische Regierung gebildet werden müsse, nötigenfalls auch unter Einschluss der NSDAP. Dies entsprach der Haltung der Führung des Zentrums nach dem Sturz Heinrich Brüning. Zum einen richteten sich diese Überlegungen gegen die im Umfeld des amtierenden Reichskanzlers von Schleicher ventilierten Staatsnotstandspläne mit dem Ziel einer autoritären Umformung der Verfassung, die zu einer dauerhaften Entmachtung des Parlaments und der Parteien und vielleicht sogar zum Bürgerkrieg geführt hätten.<sup>21</sup> Zum anderen gab man sich der Illusion hin, man könne die Nationalsozialisten mittels Einbindung in die Regierungsverantwortung in ihrem Radikalismus zähmen und „durch ein zeitlich befristetes Zweckbündnis mit der stärksten politischen Kraft in Deutschland wieder zu einer verfassungsmäßigen Regierungsweise zurückkehren“, eine aus heutiger Sicht geradezu absurde Hoffnung, die nach dem Urteil Rudolf Morseys „die Grenzen des Erfahrungshorizonts und der politischen Phantasie der Zentrumsführung“ nur zu deutlich aufzeigte.<sup>22</sup>

#### IV. Lambert Lensing und die „Tremonia“ im „Dritten Reich“

Aufgrund ihrer kritischen Haltung zur Hitler-Bewegung und der Tatsache, dass die NS-Presse in Westfalen vor 1933 kaum Fuß zu fassen vermocht hatte, gerieten die „Tremonia“ und ihre Redaktion kurz nach der sog. Machtergreifung ins Visier der neuen Machthaber. Gemäß einer Forderung des „Völkischen Beobachters“, die Presse habe „sich der Ethik des neuen Staates zu fügen oder sie hat zu verschwinden“<sup>23</sup>, setzte im Februar 1933 eine „Welle von ein- oder mehrtägigen Erscheinungsverboten zentrumsnaher katholischer Zeitungen“ ein.<sup>24</sup> Auch die „Tremonia“, der die Dortmunder NSDAP-Zeitung „Rote Erde“

20 Zitate nach GROSSKOPFF (wie Anm. 14), S. 161.

21 Auch seitens der Sozialdemokratie und der organisierten Arbeitnehmerschaft wurde übrigens im Januar 1933 eine verfassungsmäßige Lösung der Staatskrise mit der NSDAP vielfach als weniger bedrohlich angesehen denn ein autoritärer Staatstreich unter einem Kabinett Hugenberg/Papen. Vgl. WINKLER (wie Anm. 19), S. 540, 587f.

22 Rudolf MORSEY, *Der Untergang des politischen Katholizismus. Die Zentrumspartei zwischen christlichem Selbstverständnis und „Nationaler Erhebung“ 1932/33*, Stuttgart/Zürich 1977, S. 57, 219. Vgl. auch Detlef JUNKER, *Die Deutsche Zentrumspartei und Hitler 1932/33. Ein Beitrag zur Problematik des politischen Katholizismus in Deutschland* (Stuttgarter Beiträge zur Geschichte und Politik, 4), Stuttgart 1969. Junker spricht in diesem Zusammenhang von der „Illusion verfassungskonformer Zusammenarbeit“ mit der NSDAP, die die Zentrumsführung in der Endphase von Weimar gehegt habe (vgl. S. 72–126).

23 Zit. nach KOSZYK, *Deutsche Presse 1914–1945* (wie Anm. 13), S. 355.

24 KLEIN (wie Anm. 11), S. 308.

am 2. März vorgeworfen hatte, sie betreibe „Brunnenvergiftung im Gewande der Sachlichkeit“, wurde während des Wahlkampfes für die Reichstagswahlen am 5. März 1933 kurzzeitig verboten.<sup>25</sup> Es half auch nicht, dass der Vorstand des Augustinus-Vereins, dem Lensing angehörte, den Redaktionen der katholischen Blätter am 24. Februar eine „gemäßigte Schreibweise“ empfahl. In den gegenwärtigen, „für die katholische Presse schwierigen Zeitläuften“ gehe ist nicht darum, „unnötig Märtyrer zu schaffen“, sondern man habe die Verpflichtung, „dem katholischen Volk die katholische Tageszeitung zu erhalten“. Der Zusatz, man werde sich trotz aller Gefahren und Probleme nicht „abhalten lassen, zu sagen, was ist“, wirkte schon ein wenig wie das sprichwörtliche Pfeifen im Walde, zumal es abschließend hieß, man könne sich „in der Wiedergabe des vorsichtig zu überprüfenden Nachrichtenmaterials in diesen kritischen Zeiten auch auf die Mitteilung des Tatbestandes beschränken und das Werturteil dem Leser selbst überlassen“.<sup>26</sup> Interessant ist diese Empfehlung deshalb, weil sie recht genau die Linie beschreibt, auf der Lensing später die „Tremonia“ zu halten versuchte und mit der er nach dem Krieg die Kompromisse rechtfertigte, die er zur Erhaltung des Blattes einzugehen genötigt gewesen war.

In der Nacht nach der Kommunalwahl am 12. März 1933, die gewissermaßen den Startschuss für die Machtübernahme der NSDAP auch in den Kommunen abgab,<sup>27</sup> drang ein bewaffneter SA-Trupp in die Räume der Firma ein. Dabei kam es zu körperlichen Angriffen gegen Lensing. Dem Eingreifen der herbeigerufenen Polizei war es zu verdanken, dass größere Zerstörungen ausblieben.<sup>28</sup> Die „Tremonia“ blieb dennoch bei einer vorsichtig-kritischen Linie, weshalb Verbote „in der Folgezeit periodische Ereignisse“ wurden.<sup>29</sup> Am 22. April 1933 vermerkte die „Dortmunder Zeitung“, welche „verheerenden Einfluß dieses Blatt auf seine Leser ausgeübt hat“. Anlässlich des Geburtstages von Adolf Hitler zwei Tage zuvor seien in der Regel jene Häuser nicht beflaggt gewesen, in denen die „Tremonia“ gehalten werde. Es folgte ein kaum verhohlener Boykottaufruf: „Unter diesen Umständen ist es verständlich, wenn die Dortmunder Bürger alle Geschäfte, Gaststätten usw. meiden, in denen die Zeitung ‚Tremonia‘ aufliegt, damit der Gedanke der nationalen Erhebung nicht von einem Zentrumsschreiber vereckelt wird.“<sup>30</sup>

25 KOSZYK, *Deutsche Presse 1914–1945* (wie Anm. 13), S. 357ff.

26 Augustinus-Blatt, Jg. 37 (1933), Nr. 3/4, S. 28f.

27 Horst MATZERATH, *Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung* (Schriftenreihe des Vereins für Kommunalwissenschaften, 29), Stuttgart 1970, S. 61–81.

28 Erna Klostermann „Wir blättern zurück. Aus der Geschichte dieses Zeitungshauses“, in: Sonderbeilage der „Ruhr-Nachrichten“, Okt. 1955.

29 Lensing, Aufzeichnungen (wie Anm. 15), Bl. 24.

30 Abschrift des Artikels in einem Brief von Paul Steup, Hauptgeschäftsführer der CDU Westfalen-Lippe, an die britischen Militärbehörden v. 30.7.1947, in: ACDP, LV Westfalen-Lippe, 03-002-048/1.

Lambert Lensing selbst wurde von den neuen Machthabern gezwungen, den Vorsitz des Niederrheinisch-Westfälischen Zeitungsverlegervereins abzugeben. Maßgeblich beteiligt war er in der Folgezeit an den Verhandlungen über den Fortbestand der Zentrumspresse, die jetzt vor allem ihren katholischen Charakter zu betonen suchte, wodurch man sich nach Abschluss des Reichskonkordats einen gewissen Schutz erhoffte.<sup>31</sup> Auch diese Hoffnungen erwiesen sich allerdings bald als illusorisch: Ende 1935 musste der Augustinus-Verein aufgelöst werden. Lensing traf sich bis Kriegsende etwa alle drei Monate an verschiedenen Orten informell mit einem kleinen Kreis von Verlegern, dessen Initiator der Verleger des „Hannoverschen Kuriers“, Dr. Walter Jänecke war. Themen der Zusammenkünfte waren der politische Meinungs austausch, die Abstimmung von Maßnahmen zur Verhinderung von Verboten oder Entzweigungen im privaten Zeitungswesen und die Erörterung von Plänen für einen Neuaufbau des deutschen Pressewesens nach dem Ende des NS-Regimes. Die dabei von Jänecke – der als Nachrichtenoffizier in der Abteilung Abwehr von Admiral Canaris tätig gewesen sei – erhaltenen Informationen habe er, so Lensing nach dem Krieg, u. a. an das Paderborner Generalvikariat weitergeleitet.<sup>32</sup>

Hinsichtlich des eigenen Unternehmens war, wie Lensing rückblickend notierte, die „Erhaltung des Verlages unter Wahrung der weltanschaulichen Verpflichtung und Tradition“ das wichtigste Ziel.<sup>33</sup> Bis 1945 focht er für die institutionelle Selbständigkeit der „Tremonia“, die er tatsächlich bis zuletzt vor dem Zugriff des NSDAP-Pressetrusts bewahren konnte, während die redaktionelle und technische Arbeitsgemeinschaft mit den „ZENO“-Blättern zwangsweise aufgelöst und diese Anfang April 1940 mit der parteiamtlichen „Westfälischen Tageszeitung“ verschmolzen wurden.<sup>34</sup> Zudem bot der Lensing-Verlag mehreren politisch Verfolgten Arbeit und Unterschlupf, so etwa dem langjährigen Redakteur der sozialdemokratischen „Westdeutschen Allgemeinen Volkszeitung“, Heinrich Wenke<sup>35</sup>, und dem von den Nazis entlassenen

31 Vgl. die entsprechenden Mitteilungen im Augustinus-Blatt, Jg. 37 (1933), Nr. 9/10, S. 93.

32 Lensing an Major Merson, Nr. 1 Information Control Unit, o.D. [März 1946], in: ACDP 03-002-048/1. Jänecke war nach Kriegsende zunächst Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Pressefragen, ab 1949 dann Vorsitzender des wiedergegründeten Vereins Deutscher Zeitungsverleger und setzte sich besonders für die Interessen der zeitweilig von den Besatzungsmächten misstrauisch beäugten Altverleger ein. Vgl. Jürgen Benedikt HÜFFER, *Vom Lizenzpressesystem zur Wettbewerbspresse. Lizenzverleger und Altverleger im Rheinland und in Westfalen 1945–1953/54* (Dortmunder Beiträge zur Zeitungsforschung, 54), München 1995, S. 30.

33 Lensing, Aufzeichnungen (wie Anm. 15), Bl. 16.

34 GROSSKOPFF (wie Anm. 14), S. 164f.

35 *Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1933–1945*. Ständige Ausstellung und Dokumentation im Auftrage der Stadt Dortmund erstellt vom Stadtarchiv, 2. verbesserte Aufl. 1981, S. 64. Wenke gehörte unmittelbar nach dem Einmarsch der Briten im April 1945 zu den Initiatoren der Wiedergründung der SPD in Dortmund.



Arbeitsamtsdirektor Josef Schrage<sup>36</sup> aus Olpe. Das am 1. Januar 1934 in Kraft getretene Schriftleitergesetz, das die Bindung der Zeitungen an die staatlich verfügte Pressepolitik festschrieb, entzog den Verlegern ihren Einfluss auf die inhaltliche Tendenz ihrer Zeitung. An die Stelle des Verlegers sei nun, so Joseph Goebbels, der Staat getreten. Immerhin wurde ihnen aber formal das Recht zugestanden, einen Schriftleiter im Vertragswege auf Richtlinien für die grundsätzliche Haltung der Zeitung zu verpflichten.<sup>37</sup> Von diesem Recht machte Lensing Gebrauch, als er am 1. April 1934 „Richtlinien“ für die Redaktion erließ mit dem Ziel, „einen von der parteiamtlichen Presse differenzierten Zeitungstyp zu schaffen“ und „die weltanschaulichen Pflichten in beachtlichem Maße für die Redakteure“ festzulegen. In diesen Richtlinien hieß es zwar, dass der Chefredakteur verpflichtet sei, „politisch die Zeitung zu leiten auf dem Boden des nationalsozialistischen Staates mit dem Ziel, am Auf- und Umbau des neuen deutschen Staates tatkräftig mitzuarbeiten“. Gleichzeitig wurde aber festgelegt, dass die Kulturpolitik „im Geiste positiv-christlicher Grundeinstellung zu behandeln und zu vertreten sei“. Im Unterhaltungsteil dürfe „nichts gebracht werden, was dem weltanschaulichen Empfinden der deutschen Katholiken widerspricht“. <sup>38</sup> So lange Karl Maser<sup>39</sup>, dem wegen nicht hinlänglich konformer Berichterstattung wiederholt seitens des Reichspresseamtes gedroht wurde, ihn von der Schriftleiterliste zu streichen, die Leitung der „Tremonia“ innehatte, war Lensing nach späterem Bekunden mit dem Kurs des Blattes „einigermaßen zufrieden“. Maser habe es ausgezeichnet verstanden, „zwischen den Zeilen zu schreiben“. Die Redaktionsführung habe unter seiner Ägide „eine würdige Haltung eingenommen“, die „in Anbetracht der katastrophalen Verhältnisse“ insgesamt „erträglich“ gewesen sei.<sup>40</sup> Dieses Urteil des Verlegers zeigt, dass ihm bewusst war, dass für die „mit Geschick und Phantasie“ verteidigte institutionelle Unabhängigkeit seines Blattes „ein hoher ideeller Preis“ gezahlt worden war.<sup>41</sup> Dennoch bleibt die Erhaltung der „Tremonia“ als eigenständiger Zeitung eine bemerkenswerte Leistung ange-

36 Schrage war nach dem Krieg Mitgründer der westfälischen CDU und Mitglied des Parlamentarischen Rates. 1949/50 leitete er die Fraktion der CDU im Landtag von Nordrhein-Westfalen. Erhard H. M. LANGE, *Landrat Josef Schrage (1881–1953)*. „Dem heimatgebundenen Wirken am nächsten ...“, in: *Olpe in Geschichte und Gegenwart. Jahrbuch des Heimatvereins für Olpe und Umgebung e.V.*, 10 (2002), S. 105–142, insbes. S. 113f.

37 Zum Schriftleitergesetz vgl. KOSZYK, *Deutsche Presse 1914–1945* (wie Anm. 13), S. 365ff.

38 Lensing, Aufzeichnungen (wie Anm. 15), Bl. 30.

39 Kurt KOSZYK, *Ein engagierter katholischer Journalist zwischen den Fronten: Chefredakteur Karl Maser*, in: DERS., *Publizistik und politisches Engagement* (wie Anm. 2), S. 443–446. Maser war seit 1934 Chefredakteur der „Tremonia“.

40 Lensing, Aufzeichnungen (wie Anm. 15), Bl. 41f.

41 Kurt KLOTZBACH, *Gegen den Nationalsozialismus. Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1930–1945. Eine historisch-politische Studie*, Hannover 1969, S. 119.

sichts der Tatsache, dass die NSDAP unter Federführung Max Amanns ab April 1935 daranging, die noch im Privatbesitz befindlichen Teile der bürgerlichen Presse zu liquidieren.<sup>42</sup> Nach dem Tod Masers am 15. Dezember 1940 entwickelte sich die Tendenz der „Tremonia“ unter seinem Nachfolger Diebold dann allerdings immer deutlicher im Sinne der Presseanweisungen des Goebbels'schen Reichspropagandaministeriums, was von Lensing, wie er später bekundete, mit „Entsetzen“ beobachtet wurde, auch angesichts sich häufender Klagen christlicher Gewerkschafter über die „unmögliche Haltung“ der Zeitung. Ihm, der seit 1940 als Hauptmann der Reserve in der Abteilung Propaganda beim Oberkommando der Wehrmacht in Berlin Dienst tat, seien aber „die Hände gebunden“ gewesen, trotz zahlreicher Versuche, auf Diebold einen mahnenden und mäßigenden Einfluss auszuüben.<sup>43</sup>

Lensing nannte später vor allem drei Gründe für die zu Verdächtigungen führende Tatsache, dass er als einer der ganz wenigen katholischen Verleger seine Zeitung hatte erhalten können. Einmal habe seine Zugehörigkeit zur Wehrmacht einen gewissen Schutz gegen die nachweislich unternommenen Anstrengungen Dortmunder Parteistellen geboten, ihn „abzuschließen“. Ferner habe der Stabsleiter des Reichspressesamtes, Rolf Rienhardt, bürgerliche Zeitungen bestehen lassen, weil man „eine fachliche Konkurrenz gegenüber der lahmen Gaupresse haben wollte“.<sup>44</sup> In der Tat hatte sich Rienhardt für den Erhalt bestimmter bürgerlicher Blätter eingesetzt, weil er der Auffassung war, diese würden von der Bevölkerung als glaubwürdiger betrachtet als die Parteiorgane.<sup>45</sup> Dies mag besonders in einer Stadt wie Dortmund gegolten haben, wo der Zuspruch zur NSDAP deutlich unter dem Reichsdurchschnitt gelegen hatte und die für die Partei als schwieriges Pflaster galt. Ein solches Vorgehen würde auch mit Ergebnissen der Lokal- und Regionalgeschichtsforschung zur NS-Zeit korrelieren, wonach die NSDAP bei der Durchsetzung ihres totalitären Machtanspruchs auf die jeweils besonderen Verhältnisse auf Gau-, Kreis- und Ortsebene mit einer flexiblen Ausrichtung ihrer Politik reagierte.<sup>46</sup> Schließlich habe, so Lensing, die Rivalität zwischen den Gauleitern von Essen-Westfalen-Süd und Westfalen-Nord zum Erhalt der „Tremonia“ beigetragen.<sup>47</sup>

Auch politisch war Lambert Lensing kein Widerstandskämpfer und stand nicht in offener Opposition zu den braunen Machthabern. Er gehörte aber ebenso wenig zu den auch in den Reihen des politischen Katholizismus nicht

42 Vgl. KOSZYK, *Deutsche Presse 1914–1945* (wie Anm. 13), S. 391ff.

43 Lensing, Aufzeichnungen (wie Anm. 15), Bl. 43, 51f.

44 Ebd., Bl. 48ff.

45 HÜFFER (wie Anm. 32), S. 196.

46 Vgl. Horst MÖLLER/Andreas WIRSCHING/Wolfgang ZIEGLER (Hg.), *Nationalsozialismus in der Region* (Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Sondernummer 4), München 1996.

47 Lensing, Aufzeichnungen (wie Anm. 15), Bl. 51.

seltenen „Märzgefallenen“, die angesichts des raschen Machtausbaus der NSDAP aus Opportunismus oder aus verständlicher Sorge um ihre wirtschaftliche Existenz und die ihrer Familien die Seiten wechselten. Lensing war Mitglied des sog. „Flüster- oder Murrelkreises“, der sich seit 1935 regelmäßig in der Wohnung des früheren Syndikus der Handwerkskammer, Joseph Scherer, traf, um das vertrauliche Gespräch über politische Fragen zu pflegen und Informationen auszutauschen. Weitere Mitglieder waren u. a. der frühere Geschäftsführer der Zentrumsparterie für Dortmund und Hörde, Paul Steup, der Dortmunder Rechtsanwalt und Notar Dr. Heinrich Käling und der Oberstudienleiter Dr. Wulff. Dabei wurden wohl auch Überlegungen für die Zeit nach Hitler angestellt, ohne dass man illegal gegen das NS-Regime tätig geworden wäre.<sup>48</sup> Legt man das von Klaus Gotto, Hans Günter Hockerts und Konrad Repgen entwickelte Stufenmodell zur Klassifizierung von widerständigem Verhalten zugrunde, das mit „punktuellem Unzufriedenheit“, „Resistenz, Nichtanpassung, Selbstbewahrung“, „offenem Protest“ und „aktivem Widerstand“ vier bisweilen ineinander übergehende Stufen unterscheidet,<sup>49</sup> dann lässt sich Lensings Verhalten als Politiker und Verleger wohl am besten als das Bemühen um die Erhaltung von Eigenständigkeit und die Bewahrung von Freiräumen beschreiben, wobei er zwischen erzwungener Gleichschaltung, taktisch motivierter Anpassung und resistentem Verhalten gegenüber den Ansprüchen der braunen Machthaber zu lavieren versuchte.<sup>50</sup>

Nachdem es schon bei vorherigen Bombardements erhebliche Schäden gegeben hatte, die eine Verlagerung der Produktion nach Unna erforderlich machten, wurde die Dortmunder Innenstadt und mit ihr das Verlagshaus der Fa. Gebr. Lensing am Nachmittag des 12. März 1945 bei einem britischen Luftangriff in Schutt und Asche gelegt, wobei auch die schriftlichen Unterlagen der Verlagsleitung verloren gingen.<sup>51</sup> Der Einmarsch alliierter Truppen in Dortmund am 13. April 1945 beendete dann endgültig die Geschichte der „Tremonia“. Auch privat hatten Lambert Lensing und seine Frau Louise, geb. Block, mit der er seit Mai 1920 verheiratet war, schwere Verluste zu ertragen. Der jüngere Sohn des Paares, Helmut Heinrich, fiel 1943 in Russland, der ältere, der wie der Vater und der Großvater den Namen Lambert erhalten hatte, war an der Ostfront vermisst und wurde schließlich 1957 für tot erklärt.

48 *Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1933–1945* (wie Anm. 35), S. 233.

49 Klaus GOTTO/Hans Günter HOCKERTS/Konrad REPGEN, *Nationalsozialistische Herausforderung und kirchliche Antwort. Eine Bilanz*, in: Karl Dietrich BRACHER/Manfred FUNKE/Hans-Adolf JACOBSEN (Hg.), *Nationalsozialistische Diktatur 1933–1945. Eine Bilanz* (Schriftenreihe der Bundeszentrale für Politische Bildung, 192), Bonn 1986, S. 655–668, hier 656f.

50 Norbert FREI, *Nationalsozialistische Eroberung der Provinzpresse. Gleichschaltung, Selbstanpassung und Resistenz in Bayern* (Studien zur Zeitgeschichte, 17), Stuttgart 1980.

51 GRAF (wie Anm. 3), S. 56; Lensing, Aufzeichnungen (wie Anm. 15), Bl. 29.

### V. Mitgründer der CDU in Westfalen

Die Erfahrungen der NS-Zeit ließen Lambert Lensing zu einem überzeugten und beharrlichen Verfechter des politischen Zusammenschlusses von Protestanten und Katholiken und seine Heimatstadt Dortmund zu einem Zentrum des Unionsgedankens in Westfalen werden. Bereits unmittelbar nach der Besetzung seiner Heimatstadt am 13. April 1945 wurde er wieder politisch aktiv. Gemeinsam mit dem ehemaligen Geschäftsführer des Dortmunder Zentrums, Paul Steup<sup>52</sup>, traf er im von Bomben einigermaßen verschont gebliebenen St.-Johannes-Hospital regelmäßig mit ehemaligen Zentrumsmitgliedern, Geistlichen und christlichen Gewerkschaftern zusammen, um über die politische Zukunft zu diskutieren. Unter den Teilnehmern waren auch einige, mit denen Lensing während des Krieges im sog. „Flüsterkreis“ Verbindung gehalten hatte. Die Gruppe kam zu der Einsicht, dass es notwendig sei, „unter Preisgabe des Namens ‚Zentrum‘, aber unter Fortführung wertvoller Traditionen den Vorstoß zur Vereinigung evangelischer und katholischer Christen in einer politischen Partei zu wagen“.<sup>53</sup>

Zugleich kehrte Lensing auf die kommunalpolitische Bühne zurück. Der von der Besatzungsmacht eingesetzte Oberbürgermeister Hermann Ostrop<sup>54</sup> berief Lensing am 27. April 1945 in einen sog. „Überleitungsausschuss“, der ihn in kommunalpolitischen und kommunalwirtschaftlichen Fragen beraten sollte. Am 29. Mai 1945 erteilte der erste britische Stadtkommandant, Oberst Wilson, der einer Neugründung von Parteien aufgeschlossen gegenüberstand,<sup>55</sup> die Erlaubnis zur Einrichtung von Parteibüros, die frühere Parteimitglieder registrieren durften, sich ansonsten aber jeglicher politischer Aktivität zu enthalten hatten. Lambert Lensing unterbreitete daraufhin gemeinsam mit dem früheren stellvertretenden Vorsitzenden des westfälischen Zentrums, Anton Gilsing<sup>56</sup>, ein Gesuch um Wiedenzulassung der Zentrumspartei. Wie er später betonte, sollte das ein erster Ansatz für die Zusammenarbeit aller christlichen Kräfte sein. Den überkommenen Namen „Zentrum“ habe man aufgrund der Befürchtung gewählt, eine „neue“ Partei werde keine rasche Genehmigung erhalten. Das Gesuch an die britische Militärregierung betonte, dass das alte Zentrum zwar „zu einem großen Teil aus Deutschen katholischen Glaubens“ bestanden habe, aber „keine konfessionelle, sondern eine christliche Partei“ gewesen sei, „die Mitbürger aller christlichen Auffassungen in ihren Reihen hatte“. Lensing und Gilsing interpretierten die Geschichte des Zentrums also

52 Zu Steup vgl. HOFMANN/SOMMER (wie Anm. 17), S. 35f.

53 EBD. S. 22.

54 Zu Ostrop vgl. EBD., S. 33f.

55 GRAF (wie Anm. 3), S. 57.

56 „Anton Gilsing – unvergessen“, in: „Ruhr-Nachrichten“ v. 2.9.1955.

christlich-demokratisch, auch indem sie hervorhoben, dessen Politik habe „auf ethischen Grundsätzen des Christentums und der Demokratie“ basiert.<sup>57</sup> Gerade in Dortmund als einer der Hochburgen der christlichen Gewerkschaftsbewegung fiel die Idee der Gründung einer überkonfessionellen christlichen Volkspartei nicht auf unbestellten Boden. Schon Lambert Lensing sen. hatte im sog. „Gewerkschaftsstreit“ zur Zeit des Kaiserreichs, als um die Frage gerungen worden war, ob sich die katholischen Arbeiter zur Durchsetzung ihrer Interessen mit ihren protestantischen Kollegen in christlichen Gewerkschaften zusammenschließen dürften, der sog. „Köln-Mönchengladbacher Richtung“ zugeneigt, die eine solche Öffnung befürwortete.<sup>58</sup> Im Jahre 1919 hatte er geschrieben, die christlichen Konfessionen täten gut daran, „im politischen Kampf die konfessionellen Gegensätze hintanzustellen und mehr das Einigende zu betonen“. Das Zentrum sei „keine konfessionelle Partei und will es nicht sein, seine Grundsätze und sein Programm lassen freien Spielraum für die Protestanten wie für die Katholiken“.<sup>59</sup>

In diesem Sinne teilte Lensing am 2. Juli 1945 dem Dortmunder Oberbürgermeister mit, dass das einstweilen unter dem Namen „Zentrum“ eingerichtete Parteibüro so arbeiten werde, „daß dem erstrebten Zusammenschluß mit den evangelischen Kräften der Weg nicht verbaut, sondern geöffnet wird“.<sup>60</sup> Das in der Bismarckstraße 9 eingerichtete Büro diente in der Folgezeit vor allem als Informations- und Anlaufstelle für ehemalige Zentrumsmitglieder.<sup>61</sup> Die Entwicklung zu einer überkonfessionellen Partei wurde wesentlich beschleunigt, als der von Anfang an ökumenisch orientierte, zunächst aber eher unpolitische „Scherer-Kreis“ zu den Beratungen im St.-Johannes-Hospital hinzugezogen wurde. Dieser Zirkel, der sich wöchentlich in der Wohnung von Joseph Scherer<sup>62</sup> traf, bestand aus über 30 Persönlichkeiten beider Konfessionen, darunter mehrere katholische und evangelische Pfarrer, und sprach sich

57 Schreiben von Gilsing und Lensing an Oberst Wilson v. 29.5.1945, in: ACDP 03-002-049/1.

58 Thomas NIPPERDEY, *Deutsche Geschichte 1866–1918*. Bd. 1: *Arbeitswelt und Bürgergeist*, München 1990, S. 465–468. Aus der Sicht eines der Hauptbeteiligten, auf den sich zudem die Unionsverfechter nach 1945 immer wieder beriefen, zuletzt Bernhard FORSTER, *Adam Stegerwald (1874–1945). Christlich-nationaler Gewerkschafter, Zentrumspolitiker, Mitbegründer der Unionsparteien* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, 41), Düsseldorf 2003, S. 89–137.

59 Lambert LENSING (sen.), *Die Zentrumsparlei und die ersten Gemeindewahlen des Jahres 1919*. Zit. nach KOSZYK, *Lambert Lensing* (wie Anm. 2), S. 236.

60 Lensing an Ostrop, 2.7.1945, in: ACDP 03-002-049/1.

61 Hierzu und zum Folgenden Michael BAUS, *Gründung und Aufbau der CDU in Dortmund 1945–1946*, in: *Beiträge zur Geschichte Dortmunds und der Grafschaft Mark*, Bd. 79, Dortmund 1988, S. 145–177.

62 Zu Scherer vgl. HOFMANN/SOMMER (wie Anm. 17), S. 48f.

mit Nachdruck für die Gründung einer überkonfessionellen Partei aus.<sup>63</sup> Die erste Zusammenkunft von Vertretern dieser beiden Kreise – die bis dahin unabhängig voneinander agiert und wohl auch nicht voneinander gewusst hatten – am 12. Juli 1945 kann als Geburtsstunde der Dortmunder CDU gelten. Die offizielle Zulassung der Partei erfolgte Mitte August zwar noch unter dem Namen „Zentrum“<sup>64</sup>, aber die ersten Versammlungen, die ab dem 16. August 1945 durchgeführt wurden, fanden schon unter dem Namen „Christlich-Demokratische Partei“ statt. Einen Tag nach der Gründungsversammlung des Landesverbandes Westfalen-Lippe schrieb Lensing an die Militärregierung, er habe als Vorsitzender des Dortmunder Zentrums dieses aufgelöst und melde „für den Bereich des Militär-Gouvernements Dortmund die Christlich-Demokratische Partei an. Die neue Partei umfaßt neben den ehemaligen Anhängern der Zentrumspartei weite Kreise der evangelischen Bevölkerung und ist keine konfessionelle, sondern eine christliche Partei.“<sup>65</sup>

Auf der überörtlichen Ebene verlief die Gründung der Union in Westfalen indes nicht so reibungslos wie in Dortmund und dem übrigen Industriegebiet.<sup>66</sup> Angesichts einer inzwischen 60-jährigen Geschichte der CDU/CSU,<sup>67</sup> die nicht nur von ihr weltanschaulich nahestehenden Historikern gewöhnlich als „Erfolgsgeschichte“ apostrophiert wird, wird gern übersehen, dass die Schaffung einer interkonfessionellen christlichen Volkspartei keineswegs von Anfang an unumstritten gewesen ist. Tatsächlich gab es gerade in den überwiegend katholischen Gebieten starke und zunächst durchaus erfolgreiche Bestrebungen zur Wiedergründung der alten Zentrumspartei. Sie stellte dort in den frühen Nachkriegsjahren eine ernstzunehmende Konkurrentin der Union dar, bemühte sich um die gleiche Klientel und lieferte sich mit ihr erbitterte Auseinandersetzungen.<sup>68</sup> Einer der Schwerpunkte dieser Auseinandersetzungen war Westfalen, wo vor allem in den ländlichen Regionen die Anhänglichkeit an die Zentrumspartei stärker ausgeprägt war als etwa im benachbarten

---

63 Zum Scherer-Kreis Reinhard SCHMEER, *Volkskirchliche Hoffnungen und der Aufbau der Union. Evangelische Kirche und CDU/CSU in den ersten Nachkriegsjahren*, Köln 2001, S. 250–253.

64 Mitteilung Oberst Wilson an Lensing, 16.8.1945, in: ACDP 03-002-049/2.

65 Schreiben Lensings, 3. September 1945. HStA Düsseldorf, NL Lensing, RWN 106–1, Bl. 368.

66 Die verschiedenen Gründungsinitiativen und die Vorgeschichte des CDU-Landesverbandes sind dargestellt bei Horstwalter HEITZER, *Die CDU in der britischen Zone. Gründung, Organisation, Programm und Politik* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, 12), Düsseldorf 1988, S. 71–90.

67 Vgl. zuletzt Günter BUCHSTAB (Hg.), *Brücke in eine neue Zeit. 60 Jahre CDU*, Freiburg i.Br. 2005.

68 Ute SCHMIDT, *Zentrum oder CDU. Politischer Katholizismus zwischen Tradition und Anpassung* (Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin, 51), Opladen 1987.

Rheinland, wo sich die christlich-demokratischen Gründerkreise meist früh gegen eine Restauration der alten Partei entschieden. Das Zentrum hatte im „historischen Nordrhein-Westfalen“ seit dem Kaiserreich über eine außergewöhnlich hohe politische Mobilisierungskraft verfügt und durch weitgehende Ausschöpfung des katholischen Wählerpotenzials überdurchschnittlich gute Wahlergebnisse erzielt, was Otto von Bismarck zu der Bemerkung veranlasst hatte, die „beiden Extreme, die sozialdemokratische und die Zentrumsparterie“ hätten nirgendwo „schärfere Vertreter“ gehabt als in Westfalen.<sup>69</sup> Neben alter Anhänglichkeit spielten für diejenigen Persönlichkeiten, die eine Wiedergründung des Zentrums propagierten und schließlich auch vollzogen, wahltaktische und systemtheoretische Überlegungen eine Rolle. So führte man gegen den Gedanken der „Union“ ins Feld, diese werde vor allem die Stimmen der ehemaligen Rechtsparteien erhalten und durch die protestantisch-konservativen Kräfte auf einen reaktionären Kurs gedrängt werden, ein Vorwurf, der bald in Wahlkämpfen immer wieder gegen die CDU/CSU ins Feld geführt werden sollte. Das Zentrum hingegen sollte, so der zeitweilige nordrhein-westfälische Ministerpräsident Rudolf Amelunxen<sup>70</sup>, im Parteiensystem als „starker Mittelblock“ fungieren, der nach beiden Seiten ausgreifen und „die Schwankungen des Staatsschiffs ausgleichen“ könne.<sup>71</sup> Daneben brachten aus der Tradition der Christlichen Gewerkschaften und dem linken Zentrumsflügel stammende Persönlichkeiten auch das Konzept einer großen, die Sozialdemokraten einschließenden Partei nach dem Vorbild der britischen Labour-Party ins Gespräch.<sup>72</sup> Exponenten dieser Richtung waren etwa das ehemalige Mitglied des Reichsvorstandes der Zentrumsparterie, Wilhelm Elfes, nunmehr Oberbürgermeister von Mönchengladbach, und der frühere Reichskanzler Joseph Wirth<sup>73</sup>. Elfes, für den mit der Katastrophe des Nationalsozialismus das Ende der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft gekommen war, propagierte die Zusammenfassung „aller sozial Gesinnten“ in einer „Partei der Arbeit“<sup>74</sup>. Es ist al-

69 Zit. nach Karl ROHE, *Politische Traditionen im Rheinland, in Westfalen und Lippe. Zur politischen Kultur Nordrhein-Westfalens*, in: Landeszentrale für Politische Bildung Nordrhein-Westfalen (Hg.), *Nordrhein-Westfalen. Eine politische Landeskunde*, Köln 1984, S. 14–34, hier 19.

70 Zu Amelunxen vgl. Karl TEPPE, *Rudolf Amelunxen*, in: Walter FÖRST (Hg.), *Aus dreißig Jahren. Rheinisch-westfälische Politikerporträts*, Köln 1979, S. 48–65.

71 Wahlrede Rudolf Amelunxens am 30.3.1947 in Essen. HSStA Düsseldorf RWN 125 – 60.

72 Ein Überblick über die „Labour-Party“-Bestrebungen findet sich bei SCHMIDT (wie Anm. 68), S. 159–175.

73 Zu Wirth vgl. Heinrich KÜPPERS, *Joseph Wirth. Parlamentarier, Minister und Kanzler der Weimarer Republik* (Historische Mitteilungen, Beiheft 27), Stuttgart 2000; Ulrike HÖRSTER-PHILIPP, *Joseph Wirth 1879–1956. Eine politische Biographie* (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B, 82), Paderborn 2001.

74 Albert ESSER, *Wilhelm Elfes 1884–1969. Arbeiterführer und Politiker* (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B, 53), Mainz 1990.

lerdings kaum wahrscheinlich, dass eine „Labour Party-Lösung“ jemals als ernsthafte Möglichkeit auf der historischen Tagesordnung gestanden hat, nicht zuletzt angesichts einer traditionsbewussten Sozialdemokratie, deren Funktionskorps zum größten Teil in Kaiserreich und Weimarer Republik politisch geprägt worden war und die am 19. April 1945 in Hannover den sofortigen Wiederaufbau der Partei beschlossen hatte.<sup>75</sup> Das Konzept spielte denn auch seit Ende 1945 bei „den Protagonisten des katholischen Lagers keine Rolle mehr“.<sup>76</sup>

Auch für die Befürworter des Unionsgedankens spielten wahlstrategische Überlegungen eine wichtige Rolle. Man war der Überzeugung, dass ein wiedergegründetes Zentrum ein zu geringes Wählerpotenzial haben würde, um die Interessen des christlichen Volksteils gegenüber den Sozialdemokraten und der ebenfalls als stark eingeschätzten KPD wirksam vertreten zu können, zumal schon seit der Weimarer Zeit ein allmähliches Abrücken der katholischen Wähler vom Zentrum zu verzeichnen gewesen sei.<sup>77</sup> Durch eine parteipolitische Zusammenfassung der Konfessionen jedoch ergebe sich die Chance, das Wählerpotenzial der zerfallenen und diskreditierten Parteien des Konservatismus und des Liberalismus an sich zu ziehen und damit gegenüber den Linksparteien mehrheitsfähig zu werden. Ein weiteres Motiv war die Überzeugung, mit der konfessionellen Öffnung könne der überkommene Ruf des Zentrums als in den Zeiten des bismarckschen Kulturkampfes entstandener „Defensivpartei“ überwunden werden, deren Hauptfunktion in der Verteidigung der Rechte von Katholiken und Kirche bestand. Betont wurde stets, dass eine überkonfessionelle christliche Partei die Tradition des Zentrums nicht verleugnen, sondern im Gegenteil vollenden werde, da schon Ludwig Windthorst und Bischof Wilhelm Emanuel Ketteler eine Ausdehnung auch auf andere Bekenntnisse befürwortet hätten. Auch in der katholischen Arbeiterbewegung sei der Gedanke der Interkonfessionalität früh verfochten worden.<sup>78</sup> Schließlich spiel-

<sup>75</sup> Heinrich POTTHOFF/Susanne MILLER, *Kleine Geschichte der SPD 1848–1990*, Bonn <sup>7</sup>1991, S. 175.

<sup>76</sup> SCHMIDT (wie Anm. 68), S. 159.

<sup>77</sup> Vgl. hierzu und zum Folgenden exemplarisch den ganz dezidierten, mit statistischem Material ergänzten Brief des Essener CDU-Mitgründers Heinrich Strunk an Wilhelm Hamacher, den aus Troisdorf stammenden ersten Vorsitzenden des Zentrums, v. 21.11.1945, in: ACDP 03-002-049/1.

<sup>78</sup> In diesem Zusammenhang wurde immer wieder Adam Stegerwalds Rede auf dem Essener Kongress der Christlichen Gewerkschaften 1920 verwiesen. Vgl. Johannes ALBERS, *Gedenken an den Essener Kongress 1920*, in: *Essener Kongress der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft*, hg. v. d. Sozialausschüssen, Königswinter 1950, S. 25–33. Allerdings hatte das „Essener Programm“ ein weitaus geringeres Echo hervorgerufen, als man ob des späten Nachruhmes vermuten würde. Nach dem Urteil des Stegerwald-Biografen Bernhard Forster war es eher „ein lauter Ruf mit leisem Widerhall“; vgl. FORSTER (wie Anm. 58), S. 279–289, Zitat: S. 279.



ten für die Unionsbefürworter systemtheoretische Überlegungen ebenfalls eine Rolle, wobei sie zu einem gänzlich anderen Schluss kamen als die Apologeten einer Wiedererrichtung des Zentrums. Als Hauptursache für die Instabilität der Weimarer Demokratie und den Sieg des Nationalsozialismus wurde die Zersplitterung des Parteiensystems betrachtet. Es sei daher auch zur Sicherung der Demokratie und zum Schutz gegen eine mögliche Diktatur zwingend erforderlich, über alle inhaltlichen Differenzen hinweg die christlichen Kräfte in einer großen und starken Partei zu bündeln. Auf diese Weise böte sich auch die Möglichkeit, die heimatlos gewordenen Anhänger der ehemaligen Rechtsparteien zu integrieren und die Entstehung einer reaktionären Partei mit antidemokratischem Charakter zu verhindern.<sup>79</sup>

Bei dem Bemühen, die Mehrzahl der früheren Funktionäre des westfälischen Zentrums für das Konzept einer überkonfessionellen christlichen Volkspartei zu gewinnen, spielte Lambert Lensing eine mitentscheidende Rolle. Ein erstes überörtliches Treffen christlicher Politiker aus dem Ruhrgebiet fand am 3. Juni 1945 im Essener Kolpinghaus statt. Einer der Einladenden war der Arbeiterpräses des Bistums Paderborn, Caspar Schulte, der eine rasche Klärung der Frage anstrebte, „nach welcher Richtung man von katholischer Seite den Aufbau einer politischen Front betreiben sollte“.<sup>80</sup> Teilnehmer waren ehemalige Mitglieder des Zentrums, der Christlichen Gewerkschaften und der katholische Arbeitervereine. Während sich nur wenige der Anwesenden für die Wiedererrichtung des Zentrums aussprachen, brachten vor allem die Paderborner um Schulte, inspiriert durch Überlegungen des Jesuitenpaters Hirschmann, den Gedanken zur „Schaffung einer Labour-Party nach englischem Muster“ in die Diskussion. Diese „sollte ihre Antriebe aus dem rein Politischen, nicht aus dem Christlichen nehmen und alle Stände umfassen, die sich auf dem Boden des Naturrechts zusammenfinden konnten“ und sozial bzw. „sozialistisch“ ausgerichtet sein.<sup>81</sup> Da angesichts der eher zufälligen Zusammensetzung „selbstverständlich keine bindenden Beschlüsse gefällt werden konnten“, beschloss man, den Kreis um „alle irgendwie erreichbaren ehemaligen Zentrumsangehörigen“ zu vergrößern, um dann zu einer Entscheidung kommen zu können.<sup>82</sup> Nach seinem neuen Tagungsort, dem Wattenscheider Gesellenhaus, wurde dieser sich in der Folgezeit periodisch zusammenfinden-

79 Vgl. Josef KANNENGIESSER, *Entscheidung aus christlicher Verantwortung (CDU oder neues Zentrum)*. Denkschrift ms. in: ACDP 03-002-275/2.

80 Lambert Lensing, „Der Wattenscheider Kreis“, in: „Ruhr-Nachrichten“ v. 2.9.1955.

81 Hans Georg WIECK, *Die Entstehung der CDU und die Wiedergründung des Zentrums im Jahre 1945* (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 2), Düsseldorf 1953, S. 106. Zu Hirschmann vgl. Johannes BEUTLER SJ/Elselore BOECKER/Walther CASPAR (Hg.), „Dazu ist ein Dreifaches zu sagen“. *Johannes Baptist Hirschmann. Elemente eines Porträts*. Würzburg 1986.

82 Lensing, Der Wattenscheider Kreis (wie Anm. 80).

de Zirkel, dessen Leitung Anton Gilsing übernahm, als „Wattenscheider Kreis“ bezeichnet. Nach dem Zeugnis von Leo Schwing, dem ehemaligen Generalsekretär der Windthorstbünde, Mitgründer und kurzzeitigem Vorsitzenden der CDU im Rheinland, war es vor allem Lambert Lensing, dem es gelang, den „Paderbornern“ die Idee einer deutschen Variante der Labour Party „auszureden“. <sup>83</sup>

Mitte Juli erhielt Lensing die Einladung zu einem Treffen ehemaliger Zentrumsmitglieder in Lippstadt zwecks Wiedergründung der Partei und machte sich in Begleitung der ebenfalls aus Dortmund stammenden Helene Wessel<sup>84</sup>, der späteren Partei- und Fraktionsvorsitzenden des Zentrums, auf den Weg.<sup>85</sup> Aufgrund einer Autopanne trafen sie erst gegen Ende der Konferenz ein und erfuhren von Josef Kannengießer, dass die Wiedergründung des Zentrums beschlossen worden war. Lensing berichtete über die Überlegungen im „Wattenscheider Kreis“ und warnte eindringlich davor, zum jetzigen Zeitpunkt diesen Schritt zu unternehmen. „Es dürfe auf keinen Fall passieren, daß am Anfang eines neuen politischen Lebens die Spaltung der ehemaligen Zentrumspartei stehe.“ Lensing bat „sehr nachdrücklich“ darum, „doch schleunigst Verbindung mit dem Wattenscheider Kreis zu suchen, um mit vereinten Kräften den politischen Wiederaufbau vorzunehmen“. Obwohl einige der Anwesenden auf Lensings Ausführungen mit deutlicher Ablehnung reagierten, darunter Rudolf Amelunxen und Helene Wessel, und er sich als „politischer Säugling“ titulieren lassen musste, wurde seinem Wunsch entsprochen: Nachdem sowohl Kannengießer als auch der gastgebende Dechant Steinbrück in Lensings Sinne argumentiert hatten, vertagte man die Wiedergründung des Zentrums. In der Folgezeit kam es zu zwei weiteren Besprechungen zwischen Vertretern des „Wattenscheider Kreises“ und der „Lippstädter“, an denen auch Vertreter aus dem Rheinland teilnahmen und über die dortige Entwicklung hin zu einer überkonfessionellen Partei berichteten. Lensing konstatierte rückblickend, dass dies eine wichtige Hilfe bei dem Bestreben gewesen, sei die „Lippstädter“ für die Idee einer christlich-demokratischen Partei zu gewinnen, wehrte sich aber – und mit Recht – vehement gegen die u. a. von Schwing kolportierte Darstellung, erst die „Rheinländer“ hätten den Unionsgedanken nach Westfalen gebracht.<sup>86</sup> Auf einer Versammlung am 13. August 1945 in Wattenscheid, an der die wichtigsten Befürworter des Zentrums schon nicht

83 Leo SCHWERING, *Frühgeschichte der Christlich-Demokratischen Union*, Recklinghausen 1953, S. 112f.

84 Elisabeth FRIESE, *Helene Wessel (1898–1969). Von der Zentrumspartei zur Sozialdemokratie* (Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens, 36), Essen 1993.

85 Zum Folgenden vgl. Aufzeichnung Lambert Lensings v. 17.8.1962 (2 S. ms.), in: ACDP 03-002-050/2.

86 Lambert Lensing, „Wellenbrecher für Deutschland“, in: „Westfalenpost“ v. 14.5.1948.

mehr teilnahmen, beschloss die überwältigende Mehrheit der knapp 100 Anwesenden, „daß die Zentrumspartei nicht wieder ins Leben gerufen werden soll, sondern daß in Erweiterung ihrer Grundsätze eine neue Partei geschaffen werden soll, die allen demokratisch gesonnenen Deutschen eine politische Heimstätte sein kann, die beim Wiederaufbau Deutschlands die Durchdringung des politischen Lebens mit den Grundsätzen des Christentums wahrhaben wollen. ... Die neue Partei soll den Namen ‚Christliche demokratische Partei‘ führen. Eine formelle Gründungsversammlung ... findet am 2. September statt.“<sup>87</sup> Von evangelischer Seite hatten sich kurz zuvor der ehemalige preußische Kultusminister Otto Boelitz aus Soest, der ehemalige Reichs- und Landtagsabgeordnete der Deutschnationalen Volkspartei Otto Rippel aus Hagen, sowie der aus der christlich-sozialen Bewegung stammende Herforder Oberbürgermeister Friedrich Holzapfel zur Mitarbeit bereit erklärt. Letzterer hatte in einem Gespräch mit Josef Kannengießer die Bedingung gestellt, „daß die zu gründende Partei nicht mehr den Namen Zentrum erhalten dürfe, da eine solche traditionell belastete Bezeichnung den Einbruch in die evangelischen Bevölkerungsschichten verhindern würde“.<sup>88</sup>

Am 27. August 1945 fand im Dortmunder Parteibüro in der Bismarckstraße, das nun auch die Funktion einer provisorischen Landesgeschäftsstelle hatte,<sup>89</sup> eine Sitzung des Vorbereitungsausschusses für die Gründungsversammlung statt. Dabei wurde beschlossen, dass Lambert Lensing den Vorsitz übernehmen sollte. Als Stellvertreter wurde, dem Prinzip der konfessionellen Parität Rechnung tragend, Friedrich Holzapfel nominiert, das Amt des Geschäftsführers sollte Josef Kannengießer übernehmen. Auch der Ablauf der Gründungsversammlung wurde geplant und Lensing die Aufgabe übertragen, „über die Entwicklung und den Sinn der neuen Partei“ zu sprechen.<sup>90</sup> Als er dann am 2. September im Bochumer Parkhaus das Wort ergriff, charakterisierte er zunächst, „die Abkehr von Gott, die Entfernung von den ewigen Grundsätzen des Christentums“ als die „tiefste Ursache“ der deutschen und europäischen Katastrophe. Diese habe jedoch nicht erst mit dem Nationalsozialismus, sondern bereits viel früher begonnen. Es sei zukünftig die Pflicht des Christen,

87 CDU Westfalen-Lippe (Hg.), *Dokumente des Anfangs*, Dortmund 1986, S. 3. Vgl. auch Schreiben von Otto Lenz an Andreas Hermes v. 27.8.1945, in: ACDP, NL Hermes, 01-090-018/2.

88 Niederschrift eines Gesprächs zwischen Holzapfel und Dr. Peter Hüttenberger am 17.4.1968 in Bad Salzuflen, in: HStA Düsseldorf RWN 139 Nr. 5 Bl. 164–170, hier 165. Zu Holzapfel vgl. Christopher BECKMANN, *Friedrich Holzapfel (1900–1969)*, in: HPM 13 (2005), S. 129–155.

89 BAUS, *Gründung* (wie Anm. 61), S. 164.

90 Niederschrift über die am 27.8.1945 im Dortmunder Parteibüro stattgefundene Sitzung des Vorbereitungsausschusses für die Gründungsversammlung der Christlich-Demokratischen Partei, in: *Dokumente des Anfangs* (wie Anm. 87), S. 4.

„auch bei grundsätzlichen Entscheidungen in der Politik ... der christlichen Stimme in seinem Inneren Gehör zu schenken und danach zu handeln“.<sup>91</sup> Es folgte eine Darlegung der Motive zur Gründung einer neuen, überkonfessionellen christlichen Volkspartei. Die zwölf Jahre der nationalsozialistischen Herrschaft seien „ein ebenso bitterer wie ernster Lehrmeister gewesen“, in denen „nicht ein Kulturkampf ..., sondern eine Christenverfolgung“ stattgefunden habe, die sich gegen beide Konfessionen gleichermaßen richtete und in der sich „die aktiven Anhänger beider Kirchen ... gegenüber den Irrlehren des Nationalsozialismus als standhaft erwiesen“ hätten. Lensing sah dadurch auch eine Veränderung im Verhältnis der Konfessionen zueinander: „Das, was früher in kleinlicher Weise als trennend empfunden wurde, ist durch das Erlebnis abgefallen, und wir sehen es täglich mit Freude und Genugtuung, daß die Diener der katholischen und evangelischen Kirche auf allen Gebieten einträchtig und harmonisch zusammenarbeiten.“ Seine Schlussfolgerungen kleidete Lensing in rhetorische Fragen: „Soll das Erleben der letzten zwölf Jahre schon wenige Monate nach dem Ende des Nationalsozialismus wieder vergessen sein? Oder soll es nicht dazu ermuntern, den Versuch zu machen, in der Politik als Christen in einer Partei nach christlichen Grundsätzen zusammenarbeiten? Zwingt nicht auch die furchtbare Not unseres Landes dazu, alle Gegensätzlichkeiten beiseitezustellen, unsere Kraft zu vereinen, statt sie gegeneinander einzusetzen?“<sup>92</sup> Ein weiteres Argument sei die Unkenntnis der jüngeren Generation, die nichts von der Zentrumspartei oder dem Evangelischen Volksdienst wüsste. „Wir können deshalb nicht einfach bei dem anknüpfen, womit wir im Jahre 1933 aufhörten.“<sup>93</sup> Man sei „im Begriff, eine in Deutschland revolutionäre Tat zu begehen, den Versuch zu machen, eine einheitliche christliche Front zu bilden“. Wohl mit Blick auf Skeptiker aus den Reihen des alten Zentrums fügte er hinzu, „daß wir uns vom früheren Zentrum nicht leicht oder leichtsinnig entschlossen haben, den schützenden Zentrumsturm zu verlassen, den unsere Väter begründeten. ... Wir bringen mit uns die gute und ehrwürdige Tradition der Väter und lassen hinter uns alle trennenden Gedanken und Überlieferungen aus der Geschichte der Gegensätzlichkeit der Konfessionen.“<sup>94</sup>

In einem Redeentwurf für die offizielle Gründungsversammlung des Dortmunder Kreisverbandes der CDP im Oktober setzte Lensing sich auch bemer-

---

91 Lambert Lensing: Rede auf der Gründungszusammenkunft der Christlich-Demokratischen Partei Westfalens in Bochum am 2. September 1945, EBD. S. 6–10, hier S. 7.

92 EBD. S. 7f.

93 EBD. S. 8.

94 EBD. S. 10. Dass die Gründung der Union als überkonfessioneller Volkspartei auch aus heutiger Sicht nur mit dem Attribut „revolutionär“ zutreffend zu beschreiben ist, hat kürzlich Norbert Frei in einem Essay über „Die langen Fünfziger“ wieder hervorgehoben. Vgl. „Die Zeit“ v. 16.2.2006.

kenswert freimütig und selbstkritisch mit dem schwierigen Komplex von Schuld und Verantwortung auseinander: „Wir wollen ehrlich mit uns sein. Vor uns selbst, vor unserem Gewissen tragen wir eine kollektive Schuld. Jeder, der nicht im Konzentrationslager gesessen hat oder in allem ganz konsequent gewesen ist, wer jemals die Hand zum Hitlergruß erhoben hat, der hat gefehlt. Wenn in den Jahren vor 1939 Hunderttausende den mutigen Kampf gegen den Nationalsozialismus geführt hätten, wenn Generale, die im feindlichen Feuer ihren Mann gestanden haben und gefallen sind, dieselbe Standfestigkeit gegenüber dem Tyrannen und Verderber bewiesen hätten, Millionen junger Deutscher lägen heute nicht unter dem Rasen. Deutschland wäre kein Trümmerfeld.“ Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, dass diese Überlegungen nicht zuletzt der kritischen Reflexion des eigenen Verhaltens vor und während der nationalsozialistischen Herrschaft entsprangen. Zudem lässt sich hier auch der persönliche Schmerz eines Mannes erahnen, dessen Söhne zu den Opfern des Krieges gehörten. Aus Lensings Worten spricht aber auch die Entschlossenheit, aus den Erfahrungen der Vergangenheit Konsequenzen zu ziehen und – jenseits justiziabler persönlicher Schuld – Verantwortung zu übernehmen. So verstand er auch sein Engagement für die CDU, deren Fahne wehen sollte „über einem wiedererstandenen Vaterland, das von seinen Bürgern geliebt und von der Mitwelt geachtet wird“.<sup>95</sup>

Der in Bochum gewählte Vorstand des Landesverbandes Westfalen richtete einen Aufruf „An unsere Parteifreunde in Stadt und Land!“, in dem er von der Gründung Kenntnis gab und dazu aufrief, den Gedanken der Christlich-Demokratischen Partei in ganz Westfalen bekannt zu machen und umgehend den Aufbau von Kreis- und Ortsverbänden in Angriff zu nehmen und diese bei der Militärregierung anzumelden.<sup>96</sup> Obwohl sich die beantragte Zulassung durch die britischen Militärbehörden verzögerte, gelang die rasche Konsolidierung der westfälischen CDU, die im Frühjahr 1946 rund 78.000 Mitglieder in 51 Kreisverbänden zählte und zum Ende des Jahres die Schwelle von 100.000 Mitgliedern deutlich überschritt.<sup>97</sup>

Als trotz aller Bemühungen um eine Einigung am 14. Oktober 1945 in Soest die Wiedergründung des Zentrums erfolgte,<sup>98</sup> reagierte Lambert Lensing mit Enttäuschung, ohne deshalb zu resignieren. An einen Parteifreund schrieb er: „Ich stehe wie in der Vergangenheit auf dem Standpunkt, daß alles getan wer-

---

95 Entwurf der Rede Lensings auf der Gründungsversammlung des Kreisverbandes Dortmund am 9. Oktober 1945, in: ACDP 03-002-049/1.

96 Wortlaut des Aufrufs in: *Dokumente des Anfangs* (wie Anm. 87), S. 12f.

97 So meldete Hauptgeschäftsführer Paul Steup dem Zonenausschuss am 13.2.1947 die Zahl von 123.213 eingeschriebenen Mitgliedern zum 31.12.1946; ACDP, LV Westfalen-Lippe, 03-002-014/1.

98 SCHMIDT (wie Anm. 68), S. 218–225. Vgl. auch den an Lensing gerichteten Bericht von Aloys Feldmann, in: ACDP 03-002-049/1.

den muß, die Spaltung zu überbrücken. Das wird jetzt, nachdem der verhängnisvollen Schritt in Soest erfolgt ist, außerordentlich schwer sein.“<sup>99</sup> Nicht zuletzt aufgrund seines tatkräftigen Einsatzes war es immerhin gelungen, die Neuentstehung des Zentrums zu verzögern, wichtige Persönlichkeiten vom Unionskonzept zu überzeugen, sich selbst einen wertvollen zeitlichen Vorsprung zu verschaffen und argumentativ in die Offensive zu gelangen. Das Bestreben, doch noch zu einer Einigung und zu einem Zusammenschluss mit den Zentrumsbefürwortern zu kommen, dürfe, so Lensing, keinesfalls zu Lasten des interkonfessionellen Charakters der CDU gehen: „Es muß m.E. unter allen Umständen verhindert werden, daß in der Öffentlichkeit der Eindruck entsteht, als wenn Kompromisse zwischen den katholischen Gruppen auf Kosten der evangelischen erzielt werden.“<sup>100</sup>

#### *VI. Denunziation und zeitweiliger Rückzug*

Auch verlegerisch wurde Lensing unmittelbar nach Kriegsende wieder aktiv. Im Mai 1945 wurde er von den Besatzungstruppen zum Verlagsleiter der in Essen erscheinenden, zunächst von den amerikanischen, später den britischen Behörden herausgegebenen „Ruhr-Zeitung“ ernannt<sup>101</sup>. Am 14. August 1945 erfolgte die Wahl zum 1. Vorsitzenden des neugegründeten Rheinisch-Westfälischen Zeitungsverlegervereins, der sich mit Zustimmung der britischen Besatzungsmacht um den Neuaufbau des Pressewesens in der Region bemühen sollte. Sein im Februar 1946 eingereichter Antrag auf Erteilung einer Lizenz für eine CDU-nahe Zeitung mit dem Titel „Ruhr-Nachrichten“ wurde jedoch abgelehnt, da inzwischen Stimmen laut geworden waren, Lambert Lensing sei ein NS-Sympathisant und -Profiteur gewesen. Schon kurz nach der Bochumer Gründungsversammlung hatte es erste diesbezügliche Vorwürfe gegen ihn gegeben, die sich bald zu einer Kampagne auswuchsen. Die genauen Hintergründe und die maßgeblichen Urheber sowie die Trittbrettfahrer dieser Kampagne blieben trotz intensiver Aufklärungsbemühungen für Lensing nicht genau ermittelbar und lassen sich auch heute nicht völlig aufklären. Mit einiger Sicherheit lässt sich allerdings feststellen, dass verschiedene Personen und Kreise beteiligt waren und sich persönliche, politische und geschäftliche Motive miteinander verbanden. Die britische Militärregierung prüfte die für eine Lizenzerteilung in Frage kommenden Kandidaten in Bezug auf ihre politische Vergangenheit so „sorgfältig ... ja, geradezu pedantisch“, dass sie damit „Tür

<sup>99</sup> Schreiben an Johannes Gronowski v. 9.11.1945, in: ACDP, NL Johannes Gronowski, 01-205-001/2.

<sup>100</sup> Ebd.

<sup>101</sup> Die redaktionelle Leitung der „Ruhr-Zeitung“ oblag anfangs übrigens dem Emigranten und späteren prominenten DDR-Schriftsteller Stefan Heym, vgl. HÜFFER (wie Anm. 32), S. 57.

und Tor für Intrigen und kleinliche Denunziationen“ öffnete.<sup>102</sup> Im Mittelpunkt der Angriffe standen eine angebliche Unterstützung des NS-Regimes durch Aufrechterhaltung der „Tremonia“ und die Tätigkeit Lensings im Oberkommando der Wehrmacht während des Krieges. Am 28. Oktober 1945 nahmen die Gründer der CDP in Iserlohn in einem Brief an Lensing Abstand von der Vereinbarung, diesen als Festredner bei der Gründungsversammlung der dortigen Kreispartei auftreten zu lassen. Es gebe „schwere Ausfälle gegen Ihre Person [seitens] des Iserlohner Zentrumsvorstandes“, aus denen eine „beispiellose Gehässigkeit gegen Sie“ spreche, „die manchmal sogar den Gedanken einer planmäßigen Verhetzung aufkommen lasse“. Vor diesem Hintergrund sei es „unklug, bei der ersten Kundgebung der Partei, bei der es unter anderem, wie gesagt, um die Gewinnung der Zentrumsmitglieder geht, Sie, an dem sich die Gegnerschaft in erster Linie mit entzündet, sprechen zu lassen, wobei Ihnen selbstverständlich in absehbarer Zeit die Möglichkeit in irgendeiner Form gegeben werden muß, sich gegen diese Hetze zur Wehr zu setzen“.<sup>103</sup> Auf Nachfrage Lensings ergänzte der Iserlohner Kreisgeschäftsführer Mogge, in dortigen Zentrumskreisen würden Lensing und Adenauer als „die beiden großen Feinde des Zentrums“ bezeichnet. Außerdem werde er als „sozialreaktionärer Lensing“ bezeichnet, der einen „deutschnationalen Klüngel“ um sich geschart habe.<sup>104</sup> Am 30. Oktober 1945 erhielt Lensing einen Brief des Bochumer Pfarrers Ostermann, der feststellte, dass „Unklarheiten“ hinsichtlich seiner Haltung zum Nationalsozialismus bestünden, und einen regelrechten Fragenkatalog enthielt.<sup>105</sup> In seinem Antwortbrief nahm Lensing zu den Fragen Punkt für Punkt Stellung. 1934 sei er kurz nach dem sog. Röhm-Putsch dem Stahlhelm beigetreten, der zu diesem Zeitpunkt ein Sammelbecken für den Nationalsozialismus ablehnende Kräfte gewesen sei. An irgendeiner Veranstaltung oder einem Dienst habe er nicht teilgenommen und habe nach der geschlossenen Überführung des Stahlhelm in die SA nicht nur Aufforderungen, Dienst zu tun abgelehnt, sondern auch um seine Entlassung nachgesucht, die noch im selben Jahr erfolgt sei. Einen Antrag auf Mitgliedschaft in der NSDAP habe es nie gegeben, vielmehr habe er 1937 eine allgemeine Aufforderung an die Zeitungsverleger abgelehnt, der NSDAP beizutreten. Bei der Weitergabe der von der Reichspressekammer erlassenen Richtlinien, zu der er verpflichtet gewesen sei, habe er alles, was auf den Nationalsozialismus bezogen gewesen sei, auf ein Minimum reduziert. Die Berichterstattung über die Sittlichkeitsprozesse gegen katholische Priester und Ordensleute habe ihn aufs äußerste

---

102 Peter HÜTTENBERGER, *Nordrhein-Westfalen und die Entstehung seiner parlamentarischen Demokratie*, Siegburg 1973, S. 148.

103 ACDP 003-002-049/1.

104 Mogge an Lensing, 30.11.1945. Ebd.

105 Pfarrer Ostermann an Lensing, 29.10.1945, in: ACDP 03-002-049/2.

empört, weshalb er sie in der „Tremonia“ so weit wie möglich einzuschränken versucht habe. In Dortmund hätten zu keiner Zeit Zweifel an seiner positiven kirchlichen Einstellung bestanden, was den Unmut der örtlichen Parteibehörden herausgefordert habe. Dass er während des Krieges im Oberkommando der Wehrmacht gedient habe, sei seine soldatische Pflicht gewesen. Nach 1933 habe er sich intensiv um die Erhaltung der katholischen Presse bemüht, und es sei auch seinem Einsatz zu verdanken gewesen, dass „bis zum Jahre 1944 noch eine Reihe katholischer Zeitungen in Westdeutschland bestanden“. Als Verleger habe er der Reichspressekammer angehören müssen, wo seine kritische Grundeinstellung bekannt gewesen sei.<sup>106</sup> Größere Kreise zog die Angelegenheit, als am 20. November ein „Das neue Zentrum – Sozial-radikale Partei“ überschriebener Artikel aus der Feder von Wilhelm Karl Gerst in der „Frankfurter Rundschau“ erschien.<sup>107</sup> Er befasste sich mit den Auseinandersetzungen zwischen CDU und Zentrum in „Rheinland-Westfalen“, wobei die Sympathie des Autors für die angeblich im „neuen Zentrum“ vorherrschende Bereitschaft zu einer „absolut aufrichtigen Zusammenarbeit mit den Arbeiter-Linksparteien“ in einem „festgefühten Linksblock“ deutlich zutage trat.<sup>108</sup> Gerst zitierte eine angebliche Äußerung des westfälischen Vorstandes der Zentrumsparlei, wonach sich in der CDP antidemokratische und reaktionäre Kräfte sammelten, die mit ihrer „militaristischen, chauvinistischen und reaktionären Gesinnung die Weimarer Republik zu Fall brachten und dem Nationalsozialismus zur Macht verhalfen“. Außerdem hieß es: „Gegen die Anti-Nazi-Integrität des Vorsitzenden für Westfalen, den Verleger Lambert Lensing in Dortmund, werden starke Bedenken geltend gemacht, weil er es verstanden hat, seine ‚Tremonia‘, früher ein Zentrumsblatt, bis 1944 als nazihöriges Blatt am Leben zu erhalten.“ Am 4. Dezember 1945 richtete Lensing einen Brief an Wilhelm Hamacher als Vorsitzenden des Zentrums in Rheinland und Westfalen, in dem er Aufklärung darüber verlangte, ob der „Schreiberling“ seine Informationen tatsächlich von der Zentrumsführung erhalten habe. Das „Pamphlet“ strotze von „Verleumdungen, Unwahrheiten und Denunziationen“ und sei geeignet, „politische Kampfmethoden wieder einzuführen, die vor 1933

106 Lensing an Ostermann, 1.11.1945. Ebd.

107 „Frankfurter Rundschau“ v. 27.11.1945. Gerst war zu diesem Zeitpunkt einer der Lizenzträger der „Frankfurter Rundschau“. 1946 wurde er ironischerweise selbst der früheren Parteinahme für den Nationalsozialismus bezichtigt, woraufhin ihm trotz eines günstigen Ausgangs des Spruchkammerverfahrens die Zeitungslizenz wieder entzogen wurde. Ab 1949 war Gerst Bonner Korrespondent der DDR-Nachrichtenagentur ADN.

108 Im Mai 1948 verfasste Gerst einen umfangreichen Artikel unter der Überschrift „Fragen an das Neue Zentrum“, in dem er einen „Block“ forderte, „der vom Zentrum über die Sozialdemokraten bis zu den Volkssozialisten reicht“ und der eine sozialrevolutionäre Politik betreiben sollte, um angeblichen reaktionär-nationalistischen Tendenzen in Deutschland entgegenzutreten. Manuskript in: ACDP, NL Josef Kannengießer, 01-182-012/2.



zum Ruin der Demokratie in hohem Maße beigetragen haben“.<sup>109</sup> Hamacher antwortete, dass er den Artikel und dessen Autor nicht kenne, ihn aber, sollte er ihn in den Reihen des Zentrums ausmachen, „zur Rechenschaft“ ziehen werde. Er sei nicht für das verantwortlich, was andere täten, werde sich aber weiterhin dafür einsetzen. „daß die nun laufende Auseinandersetzung sich in sachlichen Bahnen bewegt“.<sup>110</sup> Lensing schenkte der Versicherung Hamachers Glauben, selber mit den Angriffen gegen seine Person nichts zu tun zu haben, und vermutete deren Urheber „mit Bestimmtheit“ in Düsseldorfer Zentrumskreisen um den Verleger und Zentrumspolitiker Jakob Pötz, den er wiederholt als Urheber der Angriffe nannte.<sup>111</sup> Pötz gehörte zu den Motoren der Wiedergründung des Zentrums in Düsseldorf,<sup>112</sup> wurde deren Vorsitzender im Rheinland und gehörte auch dem Hauptvorstand an.<sup>113</sup> In der Weimarer Zeit hatte er sich mit den in seinem Konzern erscheinenden Zeitungen, die sich v.a. an das katholische Bürgertum wandten, im Rhein- und Ruhrgebiet eine starke Position erworben. Nach der „Machtergreifung“ hatte er, ähnlich wie Lensing, versucht, Provokationen zu vermeiden und Hitlers Berufung zum Reichskanzler als verfassungsmäßig anerkannt und den katholischen Charakter der von ihm herausgegebenen Blätter betont. Anders als Lensing war es Pötz jedoch nicht gelungen, sein Unternehmen zu behalten, das im April 1937 in das NS-Presseimperium unter Max Amann eingegliedert worden war.<sup>114</sup> Die bereits 1945 bei den Briten beantragte Zeitungslizenz war ihm verweigert worden, was er offenbar als „unerträgliche Zurücksetzung“ empfand.<sup>115</sup>

Lensing erhielt am 19. März 1946 von der Pressesektion der Militärregierung die Mitteilung, dass sein Antrag auf Erteilung einer Lizenz für eine CDU-nahe Zeitung abgelehnt worden sei. Als Gründe wurden die Mitgliedschaft in der SA, ein Antrag auf Aufnahme in die NSDAP, die Tätigkeit im Oberkommando der Wehrmacht sowie das Weitererscheinen der „Tremonia“ genannt,

109 Schreiben Lensings an Hamacher v. 4.12.1945 (Abschrift), in: ACDP 01-205-001/2.

110 Schreiben Hamachers an Lensing v. 12.12.1945 (Abschrift), ebd.

111 Schreiben Lensings an Gronowski v. 17.12.1945 und an Dr. Hoster, Altena, v. 20.12.1945, in: *Dokumente des Anfangs* (wie Anm. 87), S. 34f. An Schwering schrieb er, Gersts Beitrag sei „in Düsseldorf inspiriert oder geschrieben worden“: „Man riecht die Giftküche des Herrn Pötz und Genossen“, Brief v. 6.12.1945, in: ACDP 03-002-049/2. Zeitweilig hat Lensing offenbar auch den Bochumer Verleger Friedrich Klagges verdächtigt, der diesen Verdacht allerdings bei einer Zusammenkunft im Haus von Friedrich Holzappel ausräumen konnte. Vgl. Schreiben Klagges' an verschiedene CDU-Politiker v. 22.2.1947, in: ACDP 03-002-048/1.

112 So war Pötz Mitunterzeichner eines Rundschreibens „An die Freunde der Zentrumspartei“ v. 23.8.1945, in der die Wiedergründung der Partei angekündigt wurde; ACDP 01-182-012/2.

113 SCHMIDT (wie Anm. 68), S. 364f. Im Oktober 1946 trat Pötz zur CDU über (EBD. S. 246, Anm. 51).

114 Oron J. HALE, *Presse in der Zwangsjacke 1933–1945*, Düsseldorf 1965, S. 189–194.

115 SCHMIDT (wie Anm. 68), S. 246, Anm. 51.

das einer Unterstützung des NS-Regimes gleichgekommen sei. Vier Tage später wurde ihm aus den gleichen Gründen durch einen Offizier der Publikationskontrolle die im November 1945 erteilte Buchlizenz wieder entzogen. Der tief getroffene Verleger nahm erneut detailliert zu den Vorwürfen Stellung, betonte wiederum, dass er niemals um die Mitgliedschaft in der NSDAP nachgesucht habe und schilderte ausführlich sein Bestreben, die katholische Presse vor dem Zugriff der braunen Machthaber zu bewahren. Die „Tremonia“ habe den Gegnern des Nationalsozialismus „Ruhe- und Haltepunkt“ sein sollen und sei inhaltlich deshalb „soweit wie möglich neutralisiert“ worden. Dies sei zunächst gelungen, habe dann aber zu ständigen Konflikten mit den Machhabern geführt. Dennoch habe die Zeitung bis zum Kriegsausbruch „durchaus ihre eigene Note“ gehabt und bis zuletzt die Aufgabe erfüllt, „Bindeglied und Zeichen für die den Nationalsozialismus ablehnenden Teile der Bevölkerung“ zu sein: „Kam jemand in ein Haus, in dem die ‚Tremonia‘ gehalten wurde, so wusste er, er konnte frei sprechen, er war nicht bei Nazis.“ Vor diesem Hintergrund erscheine ihm die Erhaltung des Blattes nicht als Belastung, sondern als Leistung. „Viel bequemer wäre es gewesen, die Zeitung gut zu verkaufen und dafür etwa einen gut rentierenden jüdischen Betrieb zu arisieren. Das Durchhalten verlangte Charakterfestigkeit in entscheidenden Dingen, Geschick und Härte gegen sich selbst.“ Im Oberkommando der Wehrmacht sei er aufgrund seines Berufes lediglich für die technische Herstellung von Büchern und Druckerzeugnissen zuständig und selbst nie propagandistisch tätig gewesen. Die Begründung für die Lizenzverweigerung betrachte er „als eine Beeinträchtigung meiner politischen und persönlichen Ehre“, gegen die er sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu wehren gedenke.<sup>116</sup> Im Juni 1949, als er bereits rehabilitiert worden war, bekam Lensing, wie er in einer Aktennotiz festhielt, den Hinweis, dass ihr Initiator ein Major Buxton, Pressechef für Westfalen der britischen Militärregierung, gewesen sei. Dieser habe sich bei einer Besprechung von Lensing brüskiert gefühlt, ihn deshalb „leidenschaftlich gehaßt“ und erklärt, er werde „dafür sorgen, daß ich im Zeitungswesen und in der Öffentlichkeit nicht wieder zur Geltung komme“. Dazu habe er sich deutscher Helfer bedient und sei „bei verschiedenen Verlegern herumgefahren, um persönlich Material gegen mich zusammenzutragen“. Von einem nicht namentlich genannten früheren ZENO-Verleger sei der Hinweis auf den angeblichen Aufnahmeantrag für die NSDAP erfolgt.<sup>117</sup> Sollte Letzteres zutreffen, so dürfte es sich um den Versuch gehandelt haben, einem mög-

---

116 Alle Zitate stammen aus einer umfangreichen, an Major Merson von der Nr. 1 Information Control Unit in Düsseldorf gerichteten Stellungnahme Lensings; ACDP 03-002-048/1.

117 Niederschrift Lensings über eine am Donnerstag, dem 9. Juni 1949 nachmittags stattgefundene Unterredung mit Herrn Dr. Polonius, in: Institut für Zeitungsforschung (wie Anm. 15), Bl. 188.

lichen Konkurrenten um die begehrten Zeitungslizenzen zu schaden, wobei es nicht auszuschließen ist, dass die Denunzianten auch aus den eigenen politischen Reihen kamen. So bemerkte Paul Steup im Mai 1946: „Ich vermute, daß die Verleger unter sich außerordentlich stark gegeneinander eingestellt sind und sich gegenüber den Engländern von keiner schönen Seite zeigen.“<sup>118</sup>

Um die Partei vor möglichem Schaden zu bewahren, trat Lensing am 9. März 1946 vom Amt des Landesvorsitzenden zurück. Der Landesvorstand äußerte dazu in einer einstimmig angenommenen Erklärung, dass man diesen Entschluss bedaure und versicherte ihn seines vollsten Vertrauens. Man werde ihn in seinem Kampf um Rehabilitierung jederzeit tatkräftig unterstützen.<sup>119</sup>

In der Tat bemühte sich der Beschuldigte in der Folgezeit intensiv um die Widerlegung der Vorwürfe, von der seine politische, mehr aber noch seine berufliche Zukunft und die seines Verlages mitsamt seiner Mitarbeiter abhing. Zu diesem Zweck sammelten Lensing und sein Anwalt Ferdinand Marx zahlreiche Leumundszeugnisse, Gutachten und Stellungnahmen verschiedenster Persönlichkeiten und übermittelten sie an die Militärbehörden. Bei ihrer Beschaffung waren kirchliche und parteiamtliche Stellen behilflich. So erklärte der Paderborner Dompropst Paul Simon, die Behauptung, Lensing habe Sympathien für den Nationalsozialismus gehegt und freundschaftliche Beziehungen zu Nationalsozialisten unterhalten, sei „für jeden, der Herrn Lensing kennt, eine geradezu lächerliche Lüge“.<sup>120</sup> Der frühere Dortmunder Ortsgruppenleiter der NSDAP Dortmund-Mitte gab eine eidesstattliche Versicherung ab, dass dieser niemals einen Aufnahmeantrag für die Partei gestellt habe,<sup>121</sup> während ehemalige Mitarbeiter des Wehrbezirkskommandos II bestätigten, dass die NSDAP wegen der regimekritischen Haltung Lensings wiederholt dessen Entlassung aus der Wehrmacht gefordert hätte.<sup>122</sup> Trotz aller Bemühungen zog sich die endgültige Rehabilitierung bis in den Dezember 1948 hin. Nachdem Lensing bereits 1947 erstmals rehabilitiert worden war, tauchten die Vorwürfe im Sommer 1947 wiederum auf, zu einer Zeit, als er sich erneut um die Erteilung der Lizenz für die „Ruhr-Nachrichten“ bewarb. Noch am 4. November 1948 wiederholte der Regional-Commissioner von Nordrhein-Westfalen, Generalmajor Bishop, in einem Brief an Ministerpräsident Karl Arnold den Vorwurf, Lensing habe 1937 die Aufnahme in die NSDAP beantragt.<sup>123</sup> Dies drohte nicht nur das Verhältnis zu Arnold zu gefährden, sondern erschwerte auch die Auseinandersetzungen mit den Lizenzinhabern der „Westfalenpost“, die

---

118 Paul Steup an Johannes Gronowski, 29.5.1946, in: HStA Düsseldorf, RWN 108/8, B. 30f.

119 ACDP 03-002-024/1.

120 Institut für Zeitungsforschung (wie Anm. 15), Bl. 73f.

121 Ebd., Bl. 84ff.

122 Ebd., Bl. 95ff.

123 Abschrift in: HStA Düsseldorf NW 11/22, Bl. 137.

für die „Ruhr-Nachrichten“ einen Teil ihres Verbreitungsgebietes aufgeben musste. Erst eine Mitteilung des späteren Berlin Document-Center vom 23. Dezember 1948<sup>124</sup> sorgte für Klarheit, entlastete Lensing endgültig und machte den Weg für die Lizenzerteilung und die Rückkehr auf die politische Bühne frei.

Allerdings hatte sich Lensing nach dem Rücktritt vom Amt des Landesvorsitzenden nur kurzzeitig aus der Parteiarbeit zurückgezogen,<sup>125</sup> sondern war, freilich mehr im Hintergrund, weiterhin stark engagiert und daran beteiligt gewesen, Westfalen-Lippe zu einem der mitgliederstärksten und schlagkräftigsten Landesverbände der CDU zu machen. So war er Vorsitzender des Wirtschaftspolitischen Ausschusses und arbeitete im Organisationsausschuss und der Finanzkommission des Landesverbandes mit. Im Juli 1947 wurde er beauftragt, für die Fertigstellung des Parteihauses in Dortmund Sorge zu tragen.<sup>126</sup> Wiederholt stellte er aus den Beständen seines Verlagshauses Papier für den Druck von CDU-Veröffentlichungen und Rundschreiben zur Verfügung – eine sehr wertvolle Hilfe angesichts der allgemeinen Papierknappheit.<sup>127</sup> Zudem übernahm er mehr und mehr Aufgaben des durch Alter und Krankheit in seiner Arbeitsfähigkeit behinderten Johannes Gronowski, der nach dem Rücktritt Lensings den Vorsitz der westfälischen CDU übernommen und sich von Anfang an als eine Art Übergangsvorsitzenden betrachtet hatte, „bis Lensing rehabilitiert ist“<sup>128</sup>. Beide waren vor 1933 Mitglieder der Fraktion des Zentrums im Provinzial-Landtag von Westfalen gewesen und pflegten ein ausgesprochen gutes Verhältnis zueinander.<sup>129</sup> Am 13. Juni 1948 teilte Gronowski Lensing mit, „daß ich infolge meiner letzten Erkrankung eine gute Weile auf dem politischen Exerzierplatz kurztreten muß“. Er und der stellvertretende Landesvorsitzende Friedrich Holzapfel hätten besprochen, „daß Sie, Herr Lensing, mir einen Teil der Arbeit bis auf weiteres abnehmen“. Dies könne „ohne besondere Rücksprache mit mir erfolgen“.<sup>130</sup> Lensing erklärte um-

124 Ebd., Bl. 176.

125 Vgl. die völlig falsche Darstellung bei BAUS, *Gründung* (wie Anm. 61).

126 Schreiben Gronowski an Lensing v. 16.7.1947, ACDP 03-002-050/2.

127 Vgl. etwa Schreiben von Paul Steup an den Zonenausschuss der CDU v. 21.3.1947, in: ACDP, LV Westfalen-Lippe, 03-002-014/1.

128 Schreiben Gronowskis an Herrn Hausknecht v. 30.3.1946, in: ACDP 01-205-001/2.

129 Zu Gronowski vgl. zuletzt Detlef GROTHMANN, *Johannes Gronowski (1874–1958)*, In: Friedrich Gerhard HOHMANN, *Westfälische Lebensbilder*, Bd. 17, Münster 2005, S. 7–21; Jörg-Dieter GAUGER, *Johannes Gronowski (1874–1958). Vorsitzender der CDU in Westfalen*, in: Günter BUCHSTAB/Brigitte KAFF/Hans-Otto KLEINMANN (Hg.), *Christliche Demokraten gegen Hitler. Aus Verfolgung und Widerstand zur Union*, Freiburg i.Br. 2004, S. 232–239.

130 Gronowski an Lensing (13.6.1948), in: ACDP 01-205-001/2.

gehend seine Bereitschaft,<sup>131</sup> vertrat Gronowski wiederholt bei Sitzungen der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands und war faktisch so etwas wie der Ko-Vorsitzende des Landesverbandes. Am 19. September 1948 wurde er einstimmig zum Schatzmeister des Landesverbandes gewählt.<sup>132</sup>

Nachdem ihm Ministerpräsident Karl Arnold mit Genehmigung der Briten, die in ihrer Pressepolitik inzwischen den Übergang „von der Rigorosität in den Pragmatismus“ vollzogen hatten,<sup>133</sup> die Lizenz für eine Tageszeitung erteilt hatte, konnte am 1. März 1949 die erste Ausgabe der „Ruhr-Nachrichten“ erscheinen. Auch verbandspolitisch wurde Lensing wieder aktiv, gehörte 1949 zu den Mitgründern des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) und war von 1953 bis 1959 dessen stellvertretender Vorsitzender. Dabei blieb er stets ein Verfechter der Autonomie und Richtlinienkompetenz, aber auch der persönlichen Verantwortlichkeit des Verlegers und stand genossenschaftlichen Modellen skeptisch gegenüber. Bereits 1947 hatte er in einem „Um die Prinzipien der Presse“<sup>134</sup> betitelten Beitrag für die „Westfalenpost“ seine Vorstellung von den Aufgaben einer Zeitung dargelegt. Diese müsse „einen Spiegel des öffentlichen Lebens gestalten“. Dabei handele es sich nicht in erster Linie um ein Geschäft, sondern um eine politische Aufgabe. Der Leser solle durch Information zum eigenen Urteil befähigt, nicht aber bevormundet werden: „Die Zeitung ist keine Schule für das erwachsene Volk und der Redakteur kein Lehrer“. Da die Lenkung des Pressewesens mittels Lizenzvergabe kein Dauerzustand sein könne, seien höchste Anforderungen an die Persönlichkeit der künftigen Verleger zu stellen. Dieser dürfe keineswegs nur der „Mann an der Kasse ... oder gar der Fabrikant von bedruckten Papier“ sein. Die „politische Grundeinstellung, ja man kann sagen, die gesamte Lebensführung des Verlegers hat mit der Linie der von ihm herausgegebenen Zeitung absolut zu harmonisieren“. Die Freiheit der Presse sei Voraussetzung für wahre Demokratie. Aus der unheilvollen Rolle, die der Hugenberg-Konzern beim Aufstieg Adolf Hitlers gespielt habe, müsse man jedoch in der Weise Konsequenzen ziehen, dass die Demokratie bekämpfende Zeitungen durch das Presserecht zu verhindern seien. Dessen Aufgabe sei der „Schutz des Staates und der Demokratie vor Mißbrauch der Pressefreiheit und vor politischer und geschäftlicher Korruption“. Lensing verfocht hier im Bereich des Pressewesens und des Presserechts das Prinzip der wehrhaften Demokratie, das eines der wesentlichen Merkmale des Grundgesetzes wurde, an dessen Ausarbeitung er wenig später beteiligt war.

---

131 Lensing an Gronowski (18.6.1948), ebd.

132 ACDP 03-002-035/2.

133 Peter RZEZNITZECK, *Von der Rigorosität in den Pragmatismus, Aspekte britischer Presse- und Informationspolitik*, phil. Diss. Düsseldorf 1989.

134 Auch abgedruckt in: *125 Jahre Lensing-Medien* (wie Anm. 5), S. 80–84.

### VII. Mitglied des Parlamentarischen Rates

Folge und Ausdruck der vollständigen Rehabilitierung war sicherlich die Berufung Lensings in den Parlamentarischen Rat, die ihn zu einem der Väter des Grundgesetzes machte. Nach dem Urteil eines britischen Beobachters war er „not a prominent member of the Parliamentary Council“,<sup>135</sup> was wahrscheinlich mit der Inanspruchnahme durch die Vorbereitungen für die „Ruhr-Nachrichten“ zusammenhing. Er gehörte als ordentliches Mitglied dem Finanzausschuss an, aus dem er wiederholt seiner Fraktion Bericht erstattete.<sup>136</sup> Daneben nahm er als stellvertretendes Mitglied an einer Reihe von Sitzungen des von Carlo Schmid (SPD) geleiteten Grundsatzausschusses teil und beteiligte sich hier an der Formulierung der Präambel des Grundgesetzes sowie v.a. an den Diskussionen über die Gestaltung des die Frage der Presse- und Meinungsfreiheit behandelnden Art. 8 GG.<sup>137</sup> Außerdem gehörte Lensing einem überfraktionellen Dreierausschuss „zur Unterstützung für notleidende Abgeordnete“ an<sup>138</sup> und wurde in den „Flaggenausschuß“ entsandt, der die zahlreichen eingegangenen Entwürfe für die Gestaltung der Bundesflagge zu sichten hatte und sich – an die demokratischen Traditionen von 1848/49 anknüpfend – am 18. Februar 1949 für die schwarz-rot-goldene Trikolore aussprach.<sup>139</sup> Hinzu kam die Unterrichtung der Presse im Sinne der eigenen Partei. So erhielt er vor der 3. Lesung des Verfassungswerks im Hauptausschuss des Parlamentarischen Rates den Auftrag, „die süddeutschen Blätter“ über die Haltung der CDU/CSU zu unterrichten.<sup>140</sup> Später sollte er die Presse wegen des Elternrechts „bearbeiten“.<sup>141</sup>

### VIII. Erneute Übernahme des Landesvorsitzes und das Verhältnis zu Konrad Adenauer

Als Gronowski 1951 das Amt des Landesvorsitzenden aus Alters- und Gesundheitsgründen abzugeben wünschte, war es weithin unumstritten, dass

135 Reiner POMMERIN, *Die Mitglieder des Parlamentarischen Rates. Porträtskizzen des britischen Verbindungsoffiziers Chaput de Saintonge*, in: VfZ 36 (1988), S. 557–588, hier S. 575.

136 *Die CDU/CSU im Parlamentarischen Rat. Sitzungsprotokolle der Unionsfraktion*, bearb. von Rainer SALZMANN, Stuttgart 1981, S. 49f., 594f.; *Der Parlamentarische Rat 1948–1949. Akten und Protokolle*, Bd. 12: *Ausschuss für Finanzfragen*, bearb. von Michael F. FELDKAMP und Inez MÜLLER, München 1999.

137 EBD., Bd. 5, I/II: *Ausschuß für Grundsatzfragen*, bearb. von Eberhard PIKART und Wolfgang WERNER, Boppard 1993, S. 496ff., 766ff., 939ff.

138 *Die CDU/CSU im Parlamentarischen Rat* (wie Anm. 136), S. 159.

139 EBD. S. 409.

140 EBD. S. 359.

141 EBD. S. 565.

Lambert Lensing auch formell wieder die Führung des westfälischen Landesverbandes übernehmen würde. Seine Wiederwahl vollzog sich in den folgenden Jahren stets einstimmig bzw. mit überwältigender Mehrheit. Nach seiner einstimmigen Wahl zum Ehrenvorsitzenden auf dem Landesparteitag 1959 wurde er unter dem Beifall der Delegierten als „der heimliche Herzog Westfalens“ bezeichnet.<sup>142</sup> Von 1954 bis 1958 gehörte er auch dem nordrhein-westfälischen Landtag an und war dort einer der stellvertretenden CDU-Fraktionsvorsitzenden.

Mit Konrad Adenauer, dessen zukünftige Bedeutung für die deutsche Politik er – wie manch anderer auch – anfangs wohl stark unterschätzt hatte, pflegte Lensing ein gutes Verhältnis. Da er bundespolitischen Ambitionen nicht gehegt zu haben scheint, stellte er, anders als etwa Karl Arnold, keine innerparteiliche Konkurrenz für den „Alten von Rhöndorf“ dar. Zudem bildete er als Unternehmer in dessen Augen sicherlich auch ein nützliches Gegengewicht zum gerade in Nordrhein-Westfalen starken Arbeitnehmerflügel der CDU, zu dessen Exponenten ebenfalls Arnold zählte. Wie Adenauer stand er dem Gedanken eines „christlichen Sozialismus“ ablehnend gegenüber, wie dieser sah er keine Möglichkeit einer dauerhaften Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten. Auch als gestandene Verlegerpersönlichkeit war Lensing für den späteren Kanzler von Interesse, der der Entwicklung der Presselandschaft in der britischen Zone und später der Bundesrepublik von Anfang an große Aufmerksamkeit widmete. Wiederholt beklagte er den schlechten Zustand des deutschen Pressewesens. Auf seinen Wunsch hin sprach Lensing, der schon im Mai 1945 in Köln mit Adenauer über den Wiederaufbau der deutschen Presselandschaft beraten hatte, mehrfach vor CDU-Gremien über die „Zeitungsfrage“, so etwa auf der konstituierenden Sitzung des Zonenausschusses der CDU in der britischen Zone am 22./23. Januar 1946 in Herford. Die Übereinstimmung Lensings mit den politischen Grundlinien Adenauers äußerte sich sowohl in den durch die „Ruhr-Nachrichten“ vertretenen Positionen als auch im innerparteilichen Auftreten, vor allem nach der Rückkehr in das Amt des westfälischen Landesvorsitzenden 1951. So schrieb er am 19. Dezember 1951 an den Vorsitzenden der CDU-Fraktion im Landtag von Nordrhein-Westfalen, Wilhelm Johnen, dass „eine Erweiterung der Düsseldorfer Koalition nach links“ durch Einbeziehung der SPD, wie sie offenbar von Teilen der nordrhein-westfälischen Christdemokraten, darunter Ministerpräsident Karl Arnold erwogen wurde, „überhaupt nicht diskutiert werden kann“. Lensing begründete dies neben landespolitischen Argumenten wie der bevorstehenden Verabschiedung eines Schulgesetzes vor allem damit, dass sich „die SPD im Bundestag aus ihrer nihilistischen Haltung zu einer echten Opposition“ entwickeln müsse,

---

142 „Ruhr-Nachrichten“ v. 22.6.1959. Zu den Ergebnissen der Vorstandswahlen vgl. ACDP 03-002-035/2.

um koalitionsfähig zu sein. „So wie die Dinge jetzt liegen, glaube ich, daß der Eintritt der SPD in das nordrhein-westfälische Kabinett nur den Versuch darstellen würde, durchs Hinterfenster in Bonn einzusteigen, um so die Grundlagen der Politik im Bunde zu erschüttern.“<sup>143</sup> Adenauer, der einer Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten scharf ablehnend gegenüberstand und im Vorfeld der ersten Regierungsbildung 1949 die Schaffung einer „bürgerlichen“ Koalition gegen manchen innerparteilichen Widerstand durchgesetzt hatte, dankte Lensing wenige Tage später dafür, „daß Sie in Ihrem Brief Ihren Standpunkt, den ich für absolut richtig halte, so energisch zum Ausdruck bringen“. In der Tat sei es „untragbar, in einem Augenblick, in dem die gesamte Sozialdemokratie in so scharfem Gegensatz zu meiner Politik steht, sie in die Regierung von Nordrhein-Westfalen aufzunehmen“.<sup>144</sup> In einem Punkt allerdings waren und blieben Lensing und Adenauer stets unterschiedlicher Meinung: Allen – auch vom Bundeskanzler unterstützten – Bestrebungen, die CDU-Landesverbände Westfalen-Lippe und Rheinland zu verschmelzen, erteilte der westfälische Landesvorsitzende eine klare Absage, auch wenn der Kanzler seinem Missfallen über diese Haltung „ziemlich unfreundlichen Ausdruck gab“.<sup>145</sup> Über die Eigenständigkeit der „Westfalen“ und ihre Gleichberechtigung mit den „Rheinländern“ wachte Lensing mit Argusaugen.<sup>146</sup>

Das gute Verhältnis zu Adenauer verhinderte allerdings nicht, dass der Bundeskanzler sich in deutlicher, allerdings freundlicher Form beim Herausgeber der „Ruhr-Nachrichten“ beschwerte, wenn ihm deren Berichterstattung falsch oder den Interessen von Regierung und Partei nicht zuträglich erschien. So beklagte er sich über eine „publizistische Entgleisung“ in der Ausgabe vom 25. November 1950, wo ein Artikel unter der ins Auge springenden Überschrift „Offene Krise in Bonn“ über „angeblich ernste Spannungen in der Regierungskoalition“ berichtete, während in der gleichen Ausgabe seine bei einem Pressetee abgegebene „Erklärung über den festen Bestand der Regierungskoalition“ nur „in unauffälliger Form“ gebracht worden sei. Adenauer forderte Lensing auf, dafür zu sorgen, „daß sich ähnliche politisch gefährliche Unzuträglichkeiten nicht wiederholen“.<sup>147</sup> Dieser antwortete, dass es sich lediglich um ein „unglückliches Mißverständnis in der Redaktion“ gehandelt habe. Doch könne man „die Linie einer Zeitung nicht aus einzelnen Artikeln oder Überschriften beurteilen. Die ‚Ruhr-Nachrichten‘ gelten in der Öffentlichkeit als eine der zuverlässigsten publizistischen Stützen Ihrer Politik.“<sup>148</sup> Bei aller

143 StBKAH I, 10.22, Bl. 290–293.

144 Adenauer an Lensing, 24.12.1951. Ebd., Bl. 288.

145 Lensing an Gronowski (28.1.1953), ACDP 03-002-048/1.

146 Vgl. exemplarisch Lensing an Adenauer (14.2.1952), ACDP 03-002-009/1.

147 Adenauer an Lensing (30.11.1950), in: Konrad ADENAUER, *Briefe*. Bd. 3: 1949–1951, bearb. von Hans Peter MENSING, Berlin 1985, S. 318.

148 Zit. EBD., S. 569.



Unterstützung der Politik Adenauers und der CDU achtete Lensing auf journalistische Unabhängigkeit: „Die überzeugte publizistische Verfechtung der Grundlinien einer Partei hat mit parteipolitischer Hörigkeit nichts zu tun.“

Letztlich war sich Konrad Adenauer der Unterstützung durch Lensing bewusst und bat diesen daher, als er im Sommer 1959 über dessen Rücktrittsabsicht informiert wurde,<sup>149</sup> seinen Entschluss doch noch einmal zu überdenken. „Die Gründer der CDU, die bei ihrer Gründung von weltanschaulichen Gedanken und Überzeugungen ausgingen, scheiden immer mehr aus dem politischen Leben aus, und die ‚Materialisten‘ in unserer Partei werden immer stärker“.<sup>150</sup> Als Lensing auf seinem Entschluss beharrte, verbunden mit der Versicherung, „daß ich nach 1945 besonders gern mit Ihnen und unter Ihnen gearbeitet habe“<sup>151</sup>, dankte ihm Adenauer „für alles das, was Sie für unsere CDU in den vielen Jahren geleistet haben“ und besonders dafür, „daß Sie mir auch in schwierigen Situationen immer als Helfer zur Seite gestanden haben“.<sup>152</sup>

Ein Motiv für den Rücktritt waren zunehmende gesundheitliche Schwierigkeiten, die sich nach dem Tod seiner Frau Louise am 12. Januar 1956 verstärkt hatten und ihn zwangen, sich auch aus seinem in einem traditionell-patriarchalischen Stil geführten Unternehmen mehr und mehr zurückzuziehen. Einen Nachfolger fand er in seinem Neffen Florian Lensing-Wolff, der die Tradition des Dortmunder Verlagshauses in seinem Sinne fortführte.<sup>153</sup> In seinen letzten Lebensjahren bemühte Lensing sich u.a. um die Errichtung einer Universität in seiner Heimatstadt Dortmund. Er starb am 25. April 1965 und wurde drei Tage später unter großer öffentlicher Anteilnahme beigesetzt. Die Totenmesse zelebrierte der Essener Bischof Franz Hengsbach, die Beisetzungszeremonie auf dem Dortmunder Südwestfriedhof leitete der Paderborner Erzbischof Lorenz Kardinal Jaeger.

### IX. Schluss

Der große persönliche Einsatz Lambert Lensings für die Schaffung einer überkonfessionellen christlichen Volkspartei ist einmal ein Beispiel dafür, wie die Erfahrungen mit der nationalsozialistischen Terrorherrschaft dazu beitragen, jene politischen Kräfte und Strömungen zu stärken, die seit dem frühen 19. Jahrhundert die Annäherung von christlicher Bewegung und moderner Demo-

---

149 Lensing an Adenauer, 12.6.1959. StBKAH I, 10.22, Bl. 316f.

150 Adenauer an Lensing, 15.6.1959. Ebd., Bl. 315.

151 Lensing an Adenauer, 16.6.1959. Ebd., Bl. 313f.

152 Adenauer an Lensing, 22.6.1959. Ebd., Bl. 312.

153 Florian LENSING-WOLFF, *Ruhr-Nachrichten*, in: Bernhard BOLL/Volker SCHULZE/Hans SÜSSMUTH (Hg.), *Zeitungsland Nordrhein-Westfalen. Geschichte, Profile, Struktur*, Bonn 1993, S. 457–466.

kratie zu realisieren versucht hatten.<sup>154</sup> Des weiteren zeigt dieses Engagement, wie die Auseinandersetzung mit den Ursachen und verheerenden Folgen der nationalsozialistischen Diktatur in Deutschland zur Sammlung der Anhänger christlicher Politik und zum Zusammenschluss der konfessionellen Gruppen und Parteien führten, die während der Weimarer Republik nicht über Ansätze hinausgekommen war. Die Protestanten und Katholiken gemeinsame Erfahrung von Unterdrückung und Ausgrenzung, z.T. auch von Verfolgung und Widerstand trug 1945 dazu bei, die Entstehung einer christlich-demokratischen Volkspartei mit umfassendem Programm zu ermöglichen und zu beschleunigen.<sup>155</sup> Mit seinem Einsatz für die Durchsetzung des Unionsgedankens in Westfalen beförderte Lambert Lensing den für die revolutionäre Entwicklung des bundesdeutschen Parteiensystems entscheidenden Umorientierungsprozess innerhalb des politischen Katholizismus. Durch die konfessionelle Öffnung vollzog sich der Wandel von einer stark auf katholisch-kirchliche Interessen orientierten Minderheitspartei zu einer mehrheitsfähigen, staatstragenden und -gestaltenden Volkspartei.<sup>156</sup> Die enorme Integrationskraft, die die Union in der Folgezeit entwickelte, war eine wichtige Voraussetzung für die Konzentration des Parteienspektrums, die der parlamentarischen Demokratie in der Bundesrepublik zu einer im historischen Vergleich nie da gewesenen Stabilität verholfen hat.

Abschließend lässt sich feststellen, dass Lambert Lensing in der Tat in mehrfacher Hinsicht in die Fußstapfen seines Vaters getreten ist, dessen Vorbildfunktion er – wie eingangs geschildert – stets betont hatte. Vor allem mit seinem Engagement für die Gründung der Union als einer überkonfessionellen christlichen Volkspartei hat er aber dessen Erbe im Lichte eigener schmerzlicher Erfahrungen und angesichts nachhaltig veränderter Bedingungen weiterentwickelt. Über seine Beteiligung an der Erarbeitung des Grundgesetzes hinaus hat er somit einen wichtigen Beitrag zur Gestaltung der Bundesrepublik Deutschland und ihres politischen Systems geleistet. Das ohnehin zweifelhafte Klischee von den traditionell etwas schwerfälligen und eher unbeweglichen Westfalen trifft auf Lambert Lensing nicht zu.

---

154 Winfried BECKER, *Christliche Demokratie*, in: Winfried BECKER u.a. (Hg.), *Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland*, Paderborn 2002, S. 9–23.

155 Vgl. BUCHSTAB/KAFF/KLEINMANN (Hg.), *Christliche Demokraten* (wie Anm. 126), hier vor allem der einleitende Beitrag der Herausgeber, S. 13–59.

156 SCHMIDT (wie Anm. 68), S. 23.